Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

Erscheint wöchentlich · ID Nr. 270 · 24. Februar 1979 · 1,50 DM *incl. 6% MWSt.* · D 1870 CX



LIP-SONDERNUMMER von WAS WIR WOLLEN

FREIBURG 13. Februar — In dieser Nummer gibt es zu lesen: Die Geschichte der seit 1973 besetzten Uhrenfabrik. Berichte über die neuere Entwicklung (vor kurzem wurde der Betrieb von der Polizei überfallen) Interviews mit Arbeitern. Die Was Wir Wollen Sondernummer gibt es für 1,50, überweisen an **Lothar Stärk, Postscheckkonto Karlsruhe 169628–750,** oder direkt bei **WWW, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg.**

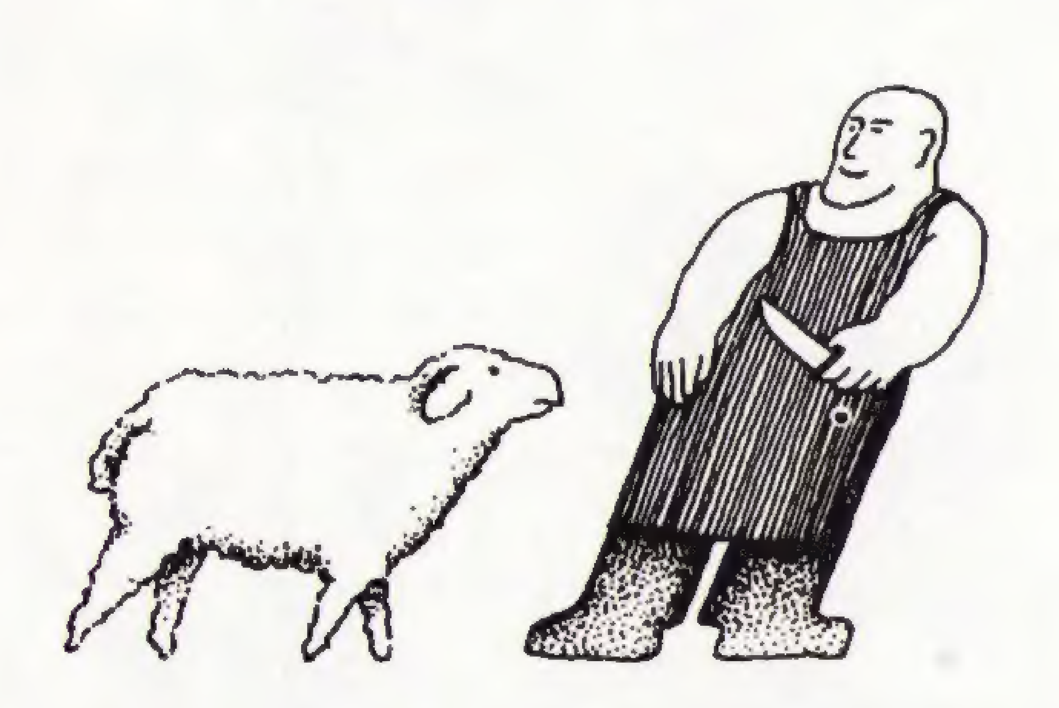
POSTKARTEN UND AUFKLEBER

Politische Postkarten und Aufkleber druckt und vertreibt Paul Jung, Kransberger Weg 4, 6000 Frankfurt gegen Einsendung eines Umschlages mit Adresse und Rückporto.

Auch Werner May, Obere Schloßgasse 3, 6509 Biebelnheim hat 500 Postkarten drucken lassen („30 Jahre Grundgesetz"), die er kostenlos gegen einen frankierten Umschlag abgibt.

FILM ÜBER RADIKALENERLASS

FRANKFURT 20. Februar — Die Russell-Gruppe Frankfurt hat einen 40minütigen Video-Film zur Debatte um die sogenannte Liberalisierung des Radikalen-Erlasses gemacht: „Der nationale Frühschoppen." Wir meinen, daß er sich ganz gut zur Information und Diskussion – er ist auch nicht so trocken – in Schulen, Jugendzentren oder sonstwo eignet. Wer Interesse an dem Film hat, wende sich bitte an **Claudia von Braunmühl, Grüneburgweg 137, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 727275.**



BAYERISCHES JUGENDZENTREN-TREFFEN

MÜNCHEN 22.Februar — Vom 2. bis 4.März treffen sich die bayerischen Jugendzentren (JZ) und Jugendzentrumsinitiativen (JZI) im Nürnberger ‚KOMM'. Dem Landestreffen, das zum zweiten Mal auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreis – AG Spak – stattfindet, kommt deswegen besondere Bedeutung zu, da es in Bayern keine Regionalzusammenschlüsse von JZs und JZIs gibt.

Ort: **‚KOMM' Nürnberg, Königstraße 93 (nähe Hauptbahnhof)**

Der Teilnehmerbeitrag von DM 25,- beinhaltet Verpflegung und Unterkunft. Schlafsack muß mitgebracht werden. Fahrtkosten werden in Höhe von 50% der DB-Karte 2.Klasse erstattet. Bei Anfahrt mit dem Auto werden die Benzinkosten dann voll ersetzt, wenn mehr als eine Person darin anreist. Mitfahrgelegenheiten anbieten!

Anmeldung bei: **Lothar Hildenbrand, AG Spak, Belfortstr.8 8000 München 80, Tel. 089 / 44 82 104**

DIE FALKEN GEGEN JUGENDPOLIZEI

DORTMUND 8. Februar — *Auszüge aus einer Presseerklärung:*
Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken –, Bezirk Westliches Westfalen, verurteilt schärfstens den geplanten Einsatz einer Jugendpolizei zur „Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität". Die Landesregierung NRW beabsichtigt im Jahre 1979 insgesamt 73 zusätzliche Planstellen für Jugendpolizisten einzurichten...

Der Einsatz einer Jugendpolizei wird unweigerlich zu Konflikten mit Jugendverbänden, Sozialarbeitern in Jugendzentren und Offenen Türen und den Jugendlichen selbst führen. Der Geruch der Bespitzelung wird eindeutig sichtbar. Nachdem in diesem Land gegen Kommunisten und Sozialisten Stimmung gemacht wurde und ein Radikalenerlaß ins Leben gerufen wurde, wird nunmehr eine Bespitzelung schon bei den Jugendlichen einsetzen, denn es ist unzweifelhaft, daß derjenige, der Material sammeln soll, sich in Jugendeinrichtungen begeben muß, und zwar so, daß er nicht gleich als „Hüter von Recht und Ordnung" erkannt wird.

... Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – des Bezirks Westliches Westfalen fordert deshalb alle Betroffenen, ebenso aber auch alle Politiker die ihren Auftrag ernst nehmen dazu auf, die Jugendpolizei zu verhindern.



BUBACK-NACHRUF: FREISPRUCH

SCHORNDORF 23.Februar — Sieben Mitarbeiter vom „Schorndorfer Blättle" mußten sich wegen des Nachdrucks des mittlerweile hinglänglich bekannten, um nicht zu sagen: legendären, Buback-Nachrufs der Göttinger Mescaleros vor dem Amtsgericht in Waiblingen (Baden-Württemberg) verantworten (siehe ID 263 und 269). Der Prozeß endete mit einem Freispruch, den sogar der Staatsanwalt gefordert hatte.

Kontakt: **Tilman Bornefeld, Streicherstraße 25 7060 Schorndorf**



EINLADUNG ZUR STERNFAHRT NACH BONN

FRANKFURT
15. Februar

Von der Vereinigung „Ärzte gegen Tierversuche":

In verschiedenen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik gibt es Bürgerinitiativen, Tierschutzorganisationen und Arbeitsgruppen, die sich für die Abschaffung der Tierversuche einsetzen — ein Ziel, das auch wir, die im November '78 gegründete Vereinigung „Ärzte gegen Tierversuche", anstreben.

Wir alle haben schon einiges unternommen, um die Öffentlichkeit aufzuklären (Informationsstände, Diskussionsveranstaltungen, Anfragen in Parlamenten, u.a.m.) und es wurden bisher mehr als 70.000 Unterschriften gesammelt. Dem Ziel, Tierversuche gesetzlich zu verbieten, dient auch die von uns vorbereitete STERNFAHRT nach Bonn zu der wir Sie hiermit einladen. Es handelt sich um einen Auto-Corso (PKW-Demonstration) in der Bundeshauptstadt, bei dem die bisher gesammelten Unterschriften gegen Tierversuche der Bundesregierung öffentlich übergeben werden sollen (Gesundheitsministerium).

Die Sternfahrt beginnt am Samstag, 17. März '79, um 11 Uhr und dauert voraussichtlich bis 15 Uhr. Die Teilnehmer treffen sich allerdings schon um 9 Uhr unter der Friedrich-Ebert-Brücke (auch Hardbrücke genannt), Autobahnabfahrt Bonn-Nord (für alle Richtungen). Die Brücke ist bereits bei der Abfahrt zu sehen. Dort werden Plakate, Transparente etc. ausgegeben und die Fahrzeuge beklebt (sofern Sie entsprechendes Material haben, bitte mitbringen, oder — wenn möglich — selber anfertigen). Ebenfalls mitzubringen sind mindestens eine Rolle Tesafilm o.ä. und eine Schere. Plakate und Transparente können auch bei Frau Maria Ulrich, Bad Vilbel, Tel.: 06193-86345 zum Selbstkostenpreis bestellt werden.







Günter Kisser
Mauernstraße 24
3100 Celle

Celle, den 8.1.79

Buchladen für
Politische Literatur
Lothar Görgens
Mauernstraße 24
3100 Celle

Mietkündigung
============

Hiermit kündige ich Ihr Mietverhältnis zum 30. März 1979, termingerecht, laut Mietvertrag ist die Kündigungszeit drei Monate.

Diese Kündigung bezieht sich auf die von meiner Frau vor zwei Wochen ausgesprochene mündliche Kündigung.

Kündigungsgrund:

Sie benutzen den von Ihnen gemieteten Laden nicht nur zum Verkauf von Büchern, sondern auch um Ihre politische Meinung zu propagieren. Dieses zieht terroristische Maßnahmen Ihrer Gegner nach sich. Beweis: 2 Mal wurde Ihre Schaufensterscheibe eingeworfen, und einmal war der Hauseingang mit Teer beschmiert. Nun bange ich um die Gesundheit meiner Familie und der Mitbewohner. Außerdem befürchte ich eine Beschädigung des Hauses Ich befürchte, daß die eintretende Beschädigung ihre finanzielle Haftungsgrenze überschreitet. Darum muß ich vorbeugen und Ihnen leider kündigen.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Kisser

NEHMT MEHR ANHALTER MIT!

Frühling wirds — hoffentlich, endlich, bald — und der ID-Leser Detlef denkt an den Trip in den Süden und den Norden — recht hat er. Und er bittet alle Autofahrer, Anhalter mitzunehmen, mehr Leute an Autobahnraststätten einzusammeln und die Mitfahrerzentralen stärker zu frequentieren.
Er sucht Material dazu:

Detlef Merkle, Haus Sonne, 6657 Gersheim/Walsheim

EINLADUNG NACH STAMMHEIM

Und zwar:

Zur Fahrt ins „Grüne" nach Stuttgart-Stammheim ins Prozeßgebäude (vollklimatisiert und Air-conditioned, ruhige, geschützte Lage)

Motto: „1984" schon 1979!

Nächste Verhandlungstermine gegen Siegfried Haag, Roland Meyer und Sabine Schmitz:

28. Februar, 6./7. März, 12./13. März, 16. März, Beginn zwischen 9 und 10 Uhr. Die übrigen Termine sind beim Oberlandesgericht Stuttgart zu erfahren.

FLEISCHERINNUNG HAT RECHT !

POMMER
20. FEBRUAR

Katastrophenforscher Knack ein Scharlatan? Dies muß angenommen werden, denn die im ID 269 veröffentlichte „sensationelle" Entdeckung von Verbraucherbetrug ist ein alter Hut.

Ich, Gerd Schnepel, habe jedenfalls schon im Physikunterricht 1962 in Heide/Holstein gelernt, daß Isaac Newton das Phänomen entdeckt und beschrieben hat. Auf einer Party schlug Newton der Gastgeberin ein Tablett mit offenen Marmeladebrötchen aus der Hand (zugegeben, keine Leberwurst) und von 20 Stück landeten 18 mit der Marmeladenseite auf dem Teppich. Daraus formulierte Newton das 3. Newton'sche Gesetz: „Ein Gegenstand fällt immer so, daß er den größtmöglichen Schaden anrichtet." Also, Herr „Dr." Knack, ihr Versuch ist Betrug und eine mißlungene Kompromittierung des Metzgerstandes!

DIE WERKSTATT

BIELEFELD
8. FEBRUAR

Eine neue Druckerei und ein neuer Verlag melden sich: Wir sind vier Männer Männer und drei Frauen, die z. T. schon seit Jahren im Bereich Offset, Siebdruck, Grafik und Foto arbeiten und haben im November 1978 in Bielefeld eine Druckerei mit eben diesen Arbeitsbereichen gegründet. Wir machen Entwürfe für Broschürentitel, Buchtitel und Plakate, Aufkleber usw. nach euren oder unseren Ideen, wir drucken bis Din A 4 im Offset und bis Din A 0 im Siebdruck (ein- und mehrfarbig) und machen Vergrößerungen/Verkleinerungen sowie Rasterungen von Fotos. Der Verlag wird schwerpunktmäßig den bis jetz fast nur von den großen Verlagen betreuten Bereich Fotografie haben, daneben werden Comix, Grafik und Filmbücher herausgegeben. Ein erstes Programm gibt es im Herbst 1979.

Kontakt: „Die Werkstatt", Friedrichstr. 52 - 54, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521 / 17 90 82

BROSCHÜRE FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

HUGLFING
20. FEBRUAR

In Huglfing haben Leute eine Broschüre „Wie verweigere ich den Kriegsdienst" herausgegeben und jetzt zum 2. Mal aufgelegt. Drin steht Wissenswertes über Erfassung, Musterung, Verweigerung und deren Begründung, Widerspruch und Zivildienst. Sie kostet zwei Mark plus Porto und wird gegen Vorauszahlung geliefert. Ab 10 Exemplaren kostet das Stück nur noch 1,50.

Kontakt: Regenbogen, Bachstr. 15, 8125 huglfing
Tel.: 08802 / 8282

PLASTIK-BOYKOTT

KIEL
20. FEBRUAR

In Kiel wehren sich jetzt einige Studenten gegen das Wegwerf-Plastikgeschirr, dasmit der Betriebnahme einer neuen Mensa überall eingeführt wurde. Eine Gruppe von Naturschützern begann zuerst beim Teetrinken eigene Emaille- und Porzellantassen zu benutzen. Daraus wurde dann eine Flugblattaktion, in der über das Plastik- und Wegwerfprinzip informiert wurde. Dabei wurden Emailletassen verkauft, bzw. zum Mitbringen eigener Tassen aufgefordert. Auf diese Weise wurde während der dreitägigen Aktion mehrere hundert Studenten zum „Verzicht" auf Plastik verführt. Ziel der Aktion war, zu zeigen, wie leicht und einfach es sein kann, ohne die Produkte der Öko-Schweine zu leben.

Kontakt: WG Schweinestall, 2308 Pohnsdorf am Postsee

EIN BELEIDIGTER RICHTER

PASSAU
20. FEBRUAR

Im ID 253 und 259 berichteten wir über einen Prozeß in Passau gegen fünf Angeklagte, denen vorgeworfen wurde, W. hlplakate geklaut zu haben. Den Vorsitz führte damals Jugendrichter Hammer (siehe auch Bericht in diesem ID).

Eine Frau schrieb, nachdem sie den Prozeß besucht hatte, an den Richter: „Mir fällt es wirklich schwer, Sie in diesem Brief mit „Sie" anzureden. . . Ich frage mich sowieso, woher sogenannte Richter sich das „Recht" nahmen, über andere zu urteilen. Aber was sie da treiben, ist einfach der Gipfel. In der Hoffnung, daß Sie nicht mehr lange ihr Unwesen treiben können . . . "
Durch diesen Brief fühlte sich Rchter Hammer beleidigt. Die Schreiberin erhielt einen Strafbefehl über 750 DM.

SCHULESCHWÄNZEN IST EINE SCHÄDLICHE NEIGUNG – GEFÄNGNISSTRAFE

FRANKFURT
22. FEBRUAR

Der 15jährige Schüler Peter Leipolt wurde im April 1978 wegen Schuleschwänzens zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Gegen dieses Urteil findet nun am **Donnerstag, 1. März, um 8.30 Uhr in Zimmer 143 die Berufungsverhandlung** vor dem Landgericht in Wiesbaden, Gerichtsstraße 2 statt.
Die Unterstützergruppe für Peter Leipolt wird nach der Verhandlung einen ausführlichen Bericht schreiben.

Kontakt: Fachgruppe Sozialpädagogen, c/o Ute Weitbrecht, Niebelungenallee 8, 6 Frankfurt

EIN mon CHERIE FÜR JOHANNES ROOS

DÜSSELDORF,
15. Februar 79

Johannes Roos wird beschuldigt, innerhalb einer „bisher nicht zu ermittelnden" Revolutionären Zelle u.a. Entführungen geplant und einen Bankraub begangen zu haben. Johannes will an der Verhandlung nur noch sporadisch teilnehmen. Den folgenden Bericht schrieben Prozeßbesucher nach dem ersten Verhandlungstag:

„Nach der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts in Düsseldorf wird von diesem Donnerstag an einer der gefährlichsten deutschen Terroristen vor Gericht stehen"
(FAZ vom 14.2.79)

Wir kennen Johannes vom Prozeß in Frankfurt (siehe IDs 198, 205, 209, 218, 219, 221, 228, 230) und fuhren zum ersten Prozeßtag nach Düsseldorf:

Der Versuch, uns einzuschüchtern, beginnt schon vor der Polizeikaserne, auf deren Gelände das „Gerichtsgebäude" steht. Polizeikontrolle auf der Straße. Ausweiskontrolle am Eingang. Durch Sperrgitter hindurch.Polizist mit Schäferhund, Polizist mit MP. Einlaß immer nur zu zweit. Ausweis wird abgenommen - fotokopiert. Rein in die Kabine. Grapsch, tatsch, mit der Sonde abgepiepst. Im Vorraum dann die große Überraschung: ca. 25 Zivile. Wir sind ungefähr genausoviel (Frankfurter, Düsseldorfer, Essener). Dann noch die Damen und Herren von der Presse.

Als es losgeht, Freude bei uns, Johannes zu sehen, Freude bei ihm, daß immerhin 25 Leutchen da sind. Die Freude vergeht uns beim Anblick der Staatsgestalten.

Die Anwälte Bernd Koch und Maiwald stellen, bevor die Anklage verlesen wird, mehrere Anträge:

- Die Verhandlung soll in einem Gerichtsgebäude und nicht in einer Polizeikaserne stattfinden.

- Die Einschüchterung der Besucher - das Fotokopieren der Ausweise - sei zu unterlassen.

- Johannes Roos soll gestattet werden, in seinen eigenen Klamotten zu stecken, was sein Recht als Untersuchungshäftling ist (Johannes trägt Anstaltskleidung).

- Die Anwälte sollen neben Johannes sitzen und ihm Schriftstücke direkt übergeben können (z.Z. ist das nur über einen Amtsrichter per Post möglich).

- Die Anwaltsbesuche sollen ohne Trennscheide stattfinden.

- Pflichtanwalt Schumann, der Johannes Vertrauen nicht genießt, soll ausgeschlossen werden und an seiner Stelle Maiwald zum Pflichtverteidiger ernannt werden.

Alle Anträge werden routiniert abgelehnt mit der lapidaren Feststellung, daß die Erfahrungen der Vergangenheit diese und jene Maßnahmen rechtfertigen würden.

Lachen wird verboten: „Wachtmeister, bitte achten Sie darauf, wer am lautesten lacht."

Als nach einer Pause die beiden Anwälte neben Johannes Roos - also auf der Anklagebank - sitzen, platzt der Richter: „Das habe ich nicht erlaubt, da könnte ich ja gleich noch die Trennscheibe abschaffen." Zustimmendes Lachen von uns, Klatschen.



Der Richter kriegt nen roten Kopf, die Wachtmeister sollen die klatschende Dame entfernen. Der murmelt: „Hab nix gesehen", ein anderer: „Dann nehmen wir halt die." Sie nehmen irgendeine, wir protestieren, alle klatschen. Eine Genosse wirft in dem Trubel Johannes ein Mon Cherie zu. „Nehmen Sie den sofort mit!" Johannes schmeckts, zwei Grüne stürzen auf ihn. Ein Genosse brüllt: „Heil Hitler, Herr Freisler." „Halten Sie den Herrn X fest" (der Richter kennt seinen Namen). Alle werden nach draußen geschoben, die Zivilen greifen fies an, Knie in den Magen, an den Haaren zerren, die

Treppe runterstoßen, Personalien aufnehmen. Der Heil-Hitler-Rufer muß direkt zwei Tage Ordnungshaft absitzen. Johannes schreit: „Sie Arschloch" und wird rausgezerrt.

Nach dem Mittagessen werden Johannes Roos drei Tage Ordnungshaft wegen dem „Arschloch" aufgebrummt. Als er abgeführt wird, gehen auch wir. Nun herrscht wieder Ruhe und die Anklage wird verlesen.

Die Erfahrungen lassen sich schlecht vermitteln, sind besser durch eigenes Erleben zu erfahren. Fahrt mal hin!

Nächste Termine (voraussichtlich): 1. März, 2. März, 5. März, 7. und 8. März, 9.30 Uhr, Düsseldorf, Tannenstraße (Lippe-Haus).

Außerdem findet in der Düsseldorfer Kneipe „Stadt Aachen" am 9. März, 20 Uhr, eine Veranstaltung zum Prozeß statt.

„RAF–TEXTE" AUS UNIBIBLIOTHEK BESCHLAGNAHMT!

BREMEN *Aus dem BREMER INFO Nr. 34:*

3. Februar „Nicht genug damit, daß bereits vor Weihnachten von einem Büchertisch in der Universität 2 Exemplare des Buches „RAF-Texte" beschlagnahmt wurden, nun sollen die Bücher aus dem Bestand der Universitätsbibliothek entfernt werden.

Vorausgegangen war dem folgendes:
Gegen Ende Januar -vermutlich 23. -24.1.79- wurde ein Exemplar der „RAF-Texte" von einem Studenten aus der UB entliehen. Dieser Student -wie sich jetzt herausstellte ein Mitglied der „Jungen Union", meinte nun seiner staatsbürgerlichen Pflicht genüge tun zu müssen und übergab dieses Exemplar dem 13.Kommisariat (politisches) der Bremer Kripo. Diese teilte sogleich -am 30.1.79- der Bibliotheksleitung mit, daß die RAF-Texte laut Beschluß des BGH vom 1.2.78 der Beschlagnahme unterlägen. Da sich noch ein 2.Exemplar in der UB befindet, versuchten die Beamten des 13. Kommisariats auch dieses zu beschlagnahmen. Auf fernmündliche Anfrage des Uni-Kanzlers Maas wurde der o.a. Beschluß des BGH als Begründung angegeben. Dieser verlangte -um die Rechtslage eingehend prüfen zu können- eine schriftliche Begründung der Polizei.

In diesem Schreiben nun -Uni-Kanzler Maas bestätigte, ein solches Schreiben erhalten zu haben, wurde unter anderem ausgeführt, daß Bücher, die auf dem Index stehen, — hier die RAF-Texte — nur mit Genehmigung der Bundesanwaltschaft gekauft werden dürfen. Im Klartext: Bücher, die Bibliotheken aus wissenschaftlichen oder sonstigen Gründen beschaffen wollen, müssen zunächst von der Bundesanwaltschaft auf ihre Staatsverträglichkeit überprüft werden.

EIN EINMALIGER VORGANG IN DER GESCHICHTE DER BRD!!!

Auf erste Anfragen bestätigte Uni-Kanzler Maas diese Vorgänge. Er räumte weiterhin ein, daß er das zweite Exemplar dieses Buches erst nach eingehender Prüfung der Rechtslage an die Polizei weitergeben werde. Andererseits werde er aber das Buch aus dem Bestand der Unibibliothek nehmen, bis zum Abschluß dieser Prüfungen.

Der Bibliotheksleiter Wenske äußerte erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Beschlagnahme. Die Bibliothek „verbreite" dieses Buch nicht im Sinne des Gesetzes. Die Anschaffung diene ausschließlich dem Zwecke von Wissenschaft und Forschung. Er habe nunmehr das zweite Exemplar dieses Buches an sich genommen um zunächst einmal den Inhalt desselben zur Kenntnis zu nehmen. Er werde auch weiterhin die Herausgabe verweigern. Er wies darauf hin, daß die Anschaffung derartiger Texte in bundesdeutschen Bibliotheken üblich sei —in Niedersachsen sogar ausdrücklich erwünscht: zum Zwecke der Weiterentwicklung von Forschung und Lehre. Das bezieht sich natürlich nicht speziell auf diesen oder andere verbotene Texte.

Zunächst will die Bibliothek jetzt den „Entleiher" des Buches ermitteln um dann von ihm die Rückgabe zu verlangen. Das dürfte ihm schwerfallen.

Diese Ungeheuerlichkeit wird meines Erachtens erst so richtig im Zusammenhang mit dem Schreiben der Bundesanwaltschaft deutlich. Wenn diese Praxis durchgreift ist es vorbei mit der „Freiheit" von Forschung und Lehre. Worüber geforscht wird bestimmt in Zukunft die BWA. Dies macht ein weiteres Mal deutlich, wie weit die Einflüsse der Strafverfolgungsbehörden reichen."

Zum Inhalt der‚RAF-Texte': Eine Sammlung von Briefen, Stellungnahmen, Prozeßerklärungen und Interviews der Gefangenen aus der RAF.
Erschienen im Bo Cavefors Bokförlag, Lund, Schweden.

WARUM WURDE CROISSANT EIGENTLICH VERURTEILT?

STAMMHEIM 16.Februar Fragt man den Durchschnittsdeutschen, Leser der StP (staatstragende Presse) warum Baader, Ensslin und Raspe, die übriggebliebenen RAF-Größen (Ulrike Meinhof und Holger Meins sind ja bekanntlich wegen vorzeitigen Sterbens aus dem Prozeß —ausgeschieden) warum sie alle 3 zu dreimal lebenslänglich verurteilt worden sind, dann wird der Durchschnittsdeutsche sofort antworten: „Das waren Terroristen, Mörder."
Fragt man aber weiter: „Ja, wen haben sie denn ermordet? ", stößt man auf Überraschung, Unsicherheit,...„Polizisten,Richter, so Leute nicht? " „Welcher Nationalität? " — „Na, Deutsche natürlich..."

Baader, Ensslin,Raspe, wurden tatsächlich wegen Mord verurteilt; daß die Opfer aber „nur" zwei amerikanische Offiziere, ein Unteroffizier und, zufällig, ein GI waren, im Mai 1972, auf dem Höhepunkte des Vietnamkrieges, wird kaum einer von zehn Durchschnittsdeutschen antworten können. Die staatstragende Presse hat diesen Aspekt wohl kleingeschrieben.

Warum wurde Croissant verurteilt?

„Weil er eine terroristische — nein, nein, eine kriminelle — Vereinigung gefördert hat". „Ja, aber was hat er denn wirklich getan? " — „Na sicher einen ganzen Haufen, aber wegen diesem französischen Gericht, dieser Auslieferungsbewilligung, konnte das Landgericht Stuttgart (d.h. Stammheim) ihn nur wegen des Info-Systems verurteilen."

Das sagt auch Wolfgang Strohbusch, Vorsitzender des 12. Strafsenats des Landgerichts Stuttgart, als er Klaus Croissant zu 2 1/2 Jahren Freiheitsstrafe (ohne Bewährung — „mildere Maßnahmen kommen nicht in Betracht") und vier Jahre Berufsverbot verdonnerte.

Croissant hat „1. zum Fortbestand (einer) kriminellen Vereinigung beigetragen und 2. die kriminellen Tätigkeiten, die die Vereinigung aus der Haft heraus fortgesetzt hat, gefördert." — „Ja, aber was hat denn Croissant eigentlich wirklich getan? "



Es ist bekannt, Richter Strohbusch hat es sogar ab und zu in seiner zwei Stunden langen Urteilsbegründung erwähnt, aber



er hat es kaum hervorgehoben. Er hat vielmehr über die Gefährlichkeit der RAF, ihre Bomben und Gewalttaten geredet.
Die Verbrechen des Dr.Croissants: Croissant hat, so Strohbusch, Bernhard Braun bis Dezember 74 „Infos" zugeschickt. — „Was, nur Bernhard Braun? Es gab doch 33 Gefangene, die das ‚Info' bekamen? " — „Ja, aber Croissant hat es nur an diesen einen geliefert. Noch dazu hat er, im Rahmen eines „Schulungsprogrammes", Bücher und Zeitungen an Gerhard Müller geschickt. „Was, das ist alles? " — „Ja, das war's."
„Aber was war denn in diesen Infos? Was war da so schlimm? Haben die „Info" nicht — noch dazu — als Verbindung zwischen den gefangenen RAF-Leuten und den „sich noch in Freiheit befindenden Terroristen gedient? " Nein. Dies hat die staatstragende Presse zufälligerweise nicht erwähnt. Richter Strohbusch: „Die Infos waren nicht direkt Kommunikation zwischen den Gefangenen und den zur Zeit in Freiheit Befindlichen. Solche Verbindungen entstanden durch ‚Kassiber', es ist nicht geklärt wie. Der Angeklagte (Croissant) war dafür nicht verantwortlich."

„Aber was stand denn in diesen ‚Infos', die Croissant — nur — an Bernhard Braun geschickt hat? " Auch das bringt Richter Strohbusch in seiner Urteilsbegründung. Ein besonders schlimmes Beispiel zitiert er sogar ausführlich. Am 30.5.74 kritisierte Gudrun Ensslin Ulrike Meinhof wegen ihres „Defaitismus". Daraufhin machte Ulrike Meinhof eine Selbstkritik, die Richter Strohbusch als ein „erschreckendes Zeugnis der Selbsterniedrigung" bezeichnete. (Die Haftbedingungen, die monatelange Totalisolation in schalldichten Zellen fand der Richter keineswegs erniedrigend.)

Croissant hatte den Austausch dieser Kritik und Selbstkritik an Braun weitergeleitet. Dadurch hat er „die kriminellen Tätigkeiten der RAF gefördert". Strohbusch geht noch weiter. Er sagt: die RAF hätte in der Haft nicht ohne das „Info" fortbestehen können.

Aber wenn wir der praktischen Wirkung der Infos, die Croissant an Braun verschickte, nachgehen, wirkt das nicht sehr überzeugend; gerade Bernhard Braun ist kurz danach, im Gefängnis, aus der RAF ausgetreten. (Er schweigt, ist kein Kronzeuge, macht aber auch nicht mehr mit.)

Gerhard Müller und das Schulungssystem

Richter Strohbusch und auch die staatstragende Presse wiederholen, daß sich das deutsche Gericht „streng an den Rahmen der französischen Auslieferungsbewilligung" gehalten hat. Dies scheint kaum mit der Wahrheit übereinzustimmen. Die Franzosen haben nämlich gar nichts über das „Schulungssystem" gesagt. Aber das deutsche Gericht belastet RA Croissant schwer damit.



Es findet, daß dieses Schulungssystem den RAF-Gefangenen erlaubte, sich während ihrer Gefangenschaft für eine zukünftige Guerilla-Tätigkeit auszubilden. Und dies illustrierte das Gericht insbesondere mit den Buchbestellungen von Gerhard Müller. Müller bestellte nicht nur Literatur über Mini-Spione, sondern auch über psychologische Kriegsführung und Waffentechnik. Manchmal haben die Anwälte gerade Müllers Bestellungen ignoriert. Es ist interessant, daß Richter Strohbusch aber keineswegs weiter auf den Verteidigungseinwand eingeht, daß genau Müller, der als einziger von 33 Gefangenen solches Material bestellte, seit Sommer 74 in der Hand des Staatsschutzes war. Später wurde er der wichtigste Anklagezeuge. Es ist höchstwahrscheinlich, daß diese Bestellungen Müllers im Auftrag — wessen? — gemacht wurden. Aber auf diese Möglichkeit ist der Richter nicht eingegangen.

Und das wär's. Das ist es, was man Croissant konkret vorwirft. Viel weniger, als man Groenewold oder Ströbele anhängen könnte. Groenewold hat ja wirklich Infos an Dutzende von Gefangenen verschickt. Aber das hat ihm „nur" zwei Jahre mit Bewährung gebracht. Warum kriegt Croissant, der Infos nur an einen Gefangenen und noch dazu an einen „kleinen Fisch" wie Braun schickte, 2 1/2 Jahre ohne Bewährung?
Diese Frage hat das Gericht keineswegs beantwortet. Blickt vielleicht die Spitze des Eisberges, der Haß auf Croissant, im Schlußteil der richterlichen Erklärung durch?
— „Der Croissant hat in seiner Schlußerklärung zum ‚Widerstand' aufgerufen! Der scheint bereit, „sein strafbares Verhalten fortzusetzen", dies sei „eine schwere Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung". Deswegen bleibt anscheinend Croissant im Kitchen. Aber — so Strohbusch — es kann „keine Rede davon sein, daß es sich bei der Strafsache gegen Rechtsanwalt Dr.Croissant um einen ‚politischen' Prozeß handele, was immer mit diesem Schlagwort auch gemeint sein mag."
Natürlich nicht.

Max Watts/ID

RUSSELL-TRIBUNAL VERHANDELTE EINEN FALL VON SCHWULENDISKRIMINIERUNG

HEIDELBERG Februar '79 *Die* **Arbeitsgruppe Repression gegen Schwule (NARGS), c/o Stefan Rei, Postfach 104531, 6900 Heidelberg 1** *gibt eine Einschätzung aus ihrer Sicht zum Russell-Tribunal.*

Das III. Internationale Russell-Tribunal, das zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in der BRD im Januar 1979 zum zweiten Mal zusammentrat, beschäftigte sich — für viele überraschend — mit einem Fall antischwuler Repression.

Zum angekündigten Verhandlungsgegenstand „Zensurpraktiken" hatte die NARGS ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster aus dem Jahre 1976 vorgelegt. Dieses Urteil enthält die Aufforderung an Ordnungs- und Polizeibehörden, gegen „von der Norm abweichende Verhaltensweisen und Meinungsäußerungen" vorzugehen, sofern diese in der Öffentlichkeit „aufdringlich " in Erscheinung treten. Den Anlaß des zugrundeliegenden Rechtsstreits hatte die behördliche Verweigerung eines Informationsstandes gegeben, mit dem eine homosexuelle Aktionsgruppe 1973 in der Aachener Innenstadt auf die Diskriminierung Homosexueller in der Gesellschaft aufmerksam machen wollte. In der allgemein gehaltenen Urteilsbegründung wird für zukünftige Zensurmaßnahmen der Boden bereitet, sodaß nicht nur die neue Schwulenbewegung, sondern auch andere Gruppen aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden könnten.

Für uns Schwule ist dieses Urteil, gegen das keine Revision zugelassen worden ist, von einschneidender Wirkung. Seine konsequente Anwendung durch Behörden und Gerichte liefe auf eine partielle Rücknahme der Strafrechtsreform hinaus, durch die Homosexualität als allgemeiner Straftatbestand abgeschafft worden ist, nicht allerdings die Grundlage zur fortdauernden Kriminalisierung: Denn auch der reformierte § 175 des Strafgesetzbuches stempelt die Homosexuellen zu potentiellen Verführern, die mit Hilfe einer besonderen Strafandrohung von Jugendlichen unter 18 Jahren ferngehalten werden müssen. Als ob es gar keine Liberalisierung gegeben hätte, wird die Einschränkung von Grundrechten der Homosexuellen mit der Generalklausel des geltenden Polizeirechts begründet, deren Begriff von der „öffentlichen Sicherheit oder Ordnung" stets eine dehnbare Formel gewesen ist.

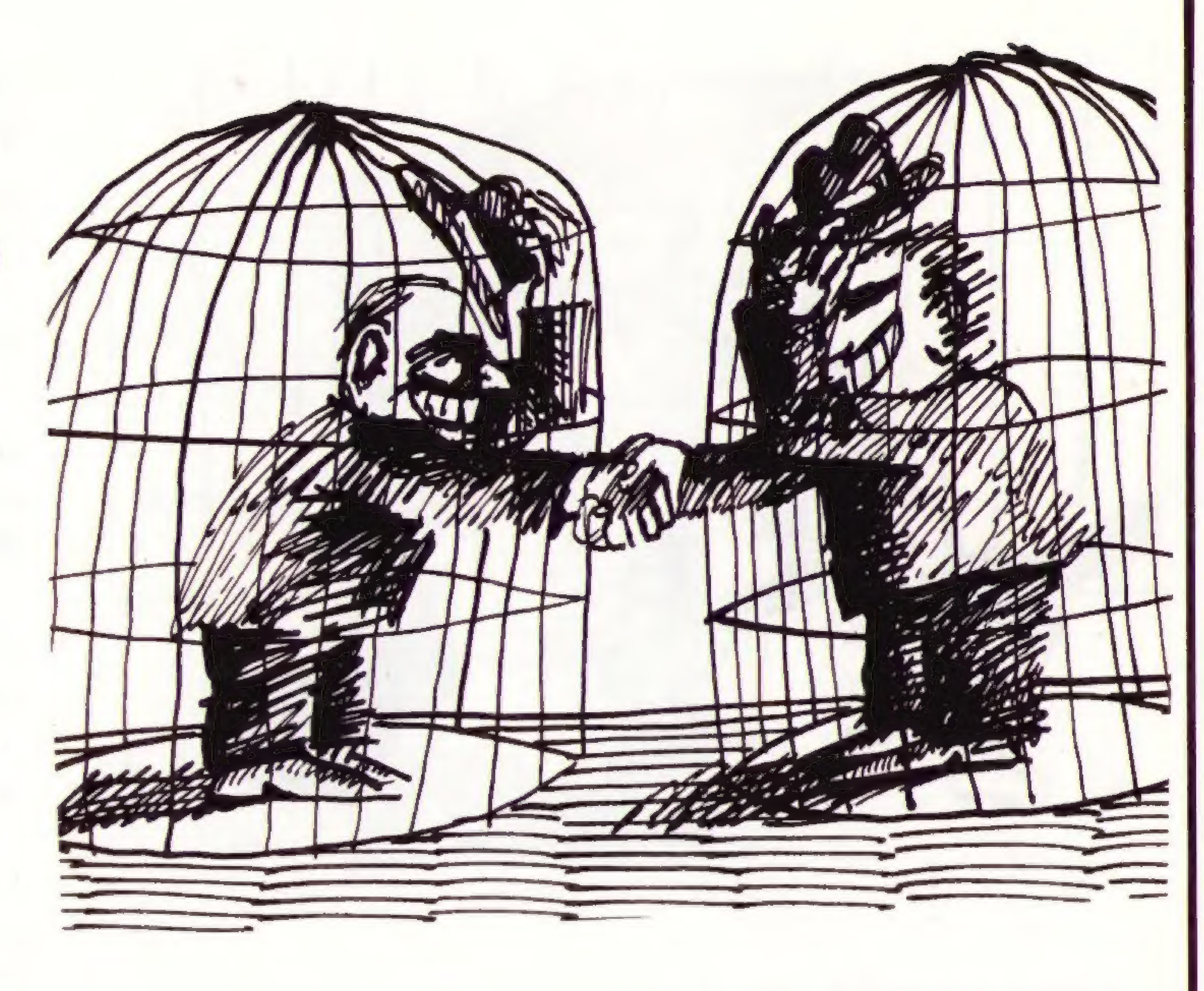
Der schwule Fall vorm Russell-Tribunal hat deshalb überrascht, weil sich schon während der Vorbereitungsphase im Jahre 1977 Strömungen durchgesetzt hatten, die nur einen sehr eng ausgelegten Begriff von Repression verhandelt wissen wollten, der sich im wesentlichen auf Berufsverbote beschränkte. Es schien daher klar, daß sich das Russell-Tribuanl mit der Unterdrückung von Homosexuellen um keine BRD-typische Repression; die sei in anderen Ländern eher schlimmer. Mit den gleichen Gründen wurden Initiativen abgewimmelt, die für eine Ausweitung der Verhandlungen auf die Unterdrückung von Frauen, Ausländern usw. eintraten.

Daß es trotzdem anders kam, ist darauf zurückzuführen, daß das Münsteraner Urteil dem Russell-Tribunal ausdrücklich als „Zensur-Fall" vorgelegt worden ist. Die NARGS hat sich damit — nicht ohne Bedenken — den Spielregeln des Tribunals angepaßt.

In ihrem abschließenden Urteil kam die internationale Jury am 10. Januar zu dem Ergebnus, daß in der Bundesrepublik Formen direkter und indirekter Zensur nachweisbar seien, durch die das Recht der politischen Meinungsfreiheit eingeschränkt würde. Damit hat hie Jury — wenn auch indirekt — die Praktiken antischwuler Repression in der Bundesrepublik mitverurteilt. Diese Tatsache sollte ungeachtet der vorangegangenen Querelen nicht unterschätzt werden, zumal das III. Russell-Tribunal in der inter-

nationalen Öffentlichkeit weit mehr Aufmerksamkeit erhalten hat als bei uns. Der schwule Fall fiel allerdings selbst da, wo es in den Medien eine differenzierte Berichterstattung über das Tribunal gegeben hat, der inneren Zensur von Hetero-Redakteuren zum Opfer: So z.B. in der Frankfurter Rundschau, die alle anderen zum Themenbereich „Zensur" verhandelten Fälle ausführlich darlegte.

Am zwiespältigen Charakter jener Menschenrechte, zu deren Verteidigung das Russell-Tribunal zusammengetreten war, hat die Behandlung eines schwulen Falles vor dem Kölner Tribunal noch nichts verändert. Die Menschenrechte schützen Individualrechte nur soweit, wie sie der herrschenden Moral nicht widersprechen. Diese ist aber in der Regel heterosexuell strukturiert, sodaß die Menschenrechte in der festgeschriebenen Form per se Schwule unterdrücken. Die paradox erscheinende Tatsache, daß die Menschenrechte selbst ein Teil der Diskriminierung sind, würde erst durch ihre schöpferische Weiterentwicklung aufgehoben.



GEFANGENER WEHRT SICH GEGEN DIE BESCHLAGNAHME SEINER ZEITUNGEN

SCHWALMSTADT
19. Februar

Bernd Möhle schreibt uns aus dem Knast, daß seine folgenden Bücher und Zeitschriften beschlagnahmt worden sind: ID Nr. 248, die Bücher „Info-Sozialarbeit im Knast" und „Knastalltag am Beispiel Mannheim". Als er sich dagegen wehrte machte der zuständige Anstaltsleiter Schneider auch noch eine Anzeige gegen ihn bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Marburg. Der Grund: Er hätte angeblich eine Eingabe am 27.12.78 an den Hessischen Justizminister gemacht. Dazu Schneiders Begründung:

„Aufgrund der in der Eingabe enthaltenen Verleumdungen schwerstwiegender Art gegen Justizvollzugsbedienstete und deren Angehörige habe ich Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft gestellt. In ihrer Eingabe haben sie gezeigt, daß sie selbst auf dem Weg schwerster persönlicher Verunglimpfung und der Erfüllung von strafrechtlichen Tatbeständen gegen Mitarbeiter und Einrichtungen des Vollzugs in destruktiver Weise vorzugehen bereit sind..."

Und hier noch einige Passagen des Beschlagnahmebeschlusses:
„Zu Recht hat der Anstaltsleiter die Schriften ‚Informationsdienst Sozialarbeit" und ‚Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten' angehalten. Denn es handelt sich hierbei um jeweils Einzelnummern einer periodisch erscheinenden Zeitschrift, die erheblich die Resozialisierung des Antragstellers als Ziel des Vollzugs und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährden. Mit ausnahmslos einseitigen, polemischen und die Wirklichkeit grob verzerrenden Schriftbeiträgen verfolgen sie die Absicht, ihre Leser radikalpolitisch zu indoktrinieren und durch Verherrlichung revolutionärer Verhaltensweisen gegen den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland aufzuwiegeln...

Die wörtliche Wiedergabe einzelner Passagen aus den angehaltenen Schriften in diesem Beschluß hält die Kammer angesichts des erkennbaren Grundtenors der Pamphlete nicht für erforderlich. Sie ist auch nicht tunlich, weil durch sie das Ziel der Anstaltsverfügungen, nämlich dem Antragsteller die Kenntnis dieser Passagen gerade vorzuenthalten, vereitelt und das gesamte gerichtliche Verfahren damit ad absurdum geführt würde."

Kontakt: Bernd Möhle, Paradeplatz 5/JVA, 3578 Schwalmstadt 2.

HERBERT SOFFEL MUSS AUS DER HAFT ENTLASSEN WERDEN

BIELEFELD
22. FEBRUAR

Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik haben an Gefängnisleitung, Richter und Staatsanwälte einen Offenen Brief geschrieben, in dem sie auf den lebensgefährlichen Gesundheitszustand des Gefangenen Herbert Soffel hinweisen. Sie fordern die sofortige Haftentlassung und die Aufhebung des noch bestehenden Haftbefehls gegen Soffel. Brigitte Soffel teilt dazu mit, daß der Antrag auf Anerkennung der Haftunfähigkeit inzwischen abgelehnt worden ist. Sie schreibt:

Gegen diese Ablehnung haben Herbert Soffels Anwälte Beschwerde eingelegt. Am 4. 3. 79 (das Ende seiner jetzigen Strafhaft) wird er wahrscheinlich nach Frankfurt/Preungesheim verlegt werden und dort in Untersuchungshaft gehen, weil gegen ihn ein Haftbefehl im Verfahren gegen den Gefangenenrat Frankfurt besteht. Das Verfahren soll dann Anfang Mai anfangen. Um sich Zusatznahrungsmittel wie Ovomaltine usw. kaufen zu können, braucht Herbert dringend Geld. Ihr könnt ihn mit Spenden unterstützen:
Birgit Soffel, Konto-Nr. 28573160 bei der Sparkasse Bielefeld

Außerdem wurden der Frankfurter Staatsanwaltschaft am 14. Februar Listen mit 734 Unterschriften zugeschickt. Damit wird die sofortige Freilassung des schwer nierenkranken Gefangenen Herbert Soffel gefordert. Daneben hat ihn die jahrelange Isolationshaft krank gemacht. Die Symptome sind ähnlich wie bei Werner Hoppe. Mehrere Gutachter haben bereits seine Haftunfähigkeit attestiert.

Informationen über Herbert Soffel gibt es auch bei: Schwarze Hilfe Marburg, c/o Rolf Löchel, Postfach 1668 3550 Marburg



DIE „KOMMERZIELLEN DIENER DER WAHRHEIT" ODER: WER HAT ANGST VOR DETEKTIVEN?

FRANKFURT
Februar '79

Ein Betriebsrat vom Beltz-Verlag in Weinheim (dort erscheint u.a. „betrifft: erziehung") fand eines Tages ein Angebot des Detektiv-Instituts Kocks, an den Personalleiter gerichtet, auf seinem Schreibtisch. Der Betriebsrat meinte, die sauberen Detektive müßten mal an die Öffentlichkeit. So forderte auch der „Personaldirektor" eines gewissen „Frankfurter Informationsdienst e.V." Material von Kocks an. Renate hat sich's durchgesehen und berichtet:

Unerkannte Detektive im Betrieb

Das Detektiv-Institut Kocks erfüllt seit 1955 „die verschiedensten detektivischen Dienstleistungen" und „zählt seit Jahren zu den ersten Adressen der Branche innerhalb der BRD". Niederlassungen gibts in 20 Städten im Ruhrgebiet von Bochum bis Wuppertal und in weiteren 10 Städten im ganzen Bundesgebiet, sowie in Luxemburg. Das Institut hat sich zwei weitere Gesellschaften dazugegründet und zwar

1.
die Detekta-Detektiv GmbH, „eine Organisation für die Zusammenarbeit der renommiertesten Detektive in den Großstädten der BRD". Unter der Devise: „überall – in jedem Fall – diskret, zuverlässig, erfolgreich" bietet sie ein säuberlich alphabetisch geordnetes Programm von „Abwehr von Betriebsspionage" über „Personalien- und Personalüberprüfung" bis „Zeugensuche" an und versichern, wenn es darauf ankomme, „die Nadel im Heuhaufen im gesamten In- und Ausland" zu finden und zu sichern.
2.
die Wirtschaftsschutz-Gesellschaft für Unternehmensschutz und Überwachung m.b.H. „mit einem speziell auf die Wirtschaft zugeschnittenen Dienstleistungsfächer", aus welchem wir ein bißchen zitieren wollen.

„Die Leistungen der Wirtschaftsschutz-GmbH" nämlich „sind gerichtet gegen wirtschaftsfeindliche und wirtschaftsschädigende Aktivitäten, d.h. gegen Taten, die gegen die Wirtschaft und ihre Ordnung sowie gegen das allgemeine Vertrauen im Wirtschaftsverkehr verstoßen". Taten gegen die Wirtschaft und ihre Ordnung – das ist kein Tippfehler; jeder Unternehmer kann sich seine höchsteigene Ordnung von Kocks schützen lassen. „Unsere Hauptaktivität" ist denn auch „Hilfe in nachfolgenden Situationen:
- Personaleinstellungskontrolle, Prüfung auf kriminelle Vergangenheit oder negative Verhaltensweisen bei bisherigen Arbeitgebern
- Ermittlungen und Beobachtungen gegen Untreue bei Mitarbeitern
- Material- und Warendiebstahl und Unterschlagung (EDV-Rückkoppelung)
- Sonderaufgaben bei Diskretionsgarantie"

Und „Unsere Möglichkeiten:
- Detektive, die unerkannt als normale Mitarbeiter in Ihrem Betrieb arbeiten
- Zeiteinsatz stets wechselnder Detektive – bei Tag und Nacht – innerhalb des Betriebes oder an Ein- und Ausfahrten
- Wir entdecken Lücken in Ihrem Sicherheitssystem, analysieren diese und bieten Lösungen an.
- Wir überprüfen Verdächtige und deren Vergangenheit.
- Geschickte Beobachter verfolgen verdächtige Mitarbeiter und überwachen deren Aktionen."

Lieber keinen Gerichtsprozeß

Auch Arbeitsgrundsätze hat das Unternehmen, die unter dem Titel „Wie wir uns sehen, Wollen und Wirken unseres Unternehmens" ausgeführt werden: „Sinn und Inhalt unserer Arbeit läßt sich knapp und klar ausdrücken:

Wir dienen der Wahrheit zum Schutz von
Personen, Firmen und Institutionen.

Natürlich dienen wir der Wahrheit kommerziell. Wir wollen daran verdienen. Und wir müssen soviel verdienen, daß wir jederzeit die Voraussetzung für die bestmögliche Leistung bieten können. In dem „wir" sind alle unsere Mitarbeiter einbegriffen. Wir alle können aber nur gut verdienen und unsere Arbeitsplätze sichern, wenn jeder in seiner Arbeit, in seinem Einsatz und in seinem Auftreten sich an diesen Grundsatz hält. Das ist die Voraussetzung für unseren gemeinsamen Erfolg. In knappen Worten noch einmal zusammengefaßt: Freundlich – fair – konstruktiv. Das alles eingefaßt in die hellwache Cleverness, ohne die ein Detektiv seine Arbeit nicht ausüben kann. "

Vier Grundsätze:
1. eine gut ausgebaute Organisation, deren Spezialisten im ganzen Bundesgebiet eingesetzt werden können,
2. eine technische Ausrüstung, die immer dem höchsten Stand der technischen Entwicklung entspricht,
3. die vorurteilslose, nüchterne Analyse der uns übertragenen Aufgaben in Bezug auf die zu wahrenden Interessen der Auftraggeber,
4. die niemals nachlassende Freude an der Einsatzbereitschaft.

Bevor wir zu diesem interessanten vierten Punkt etwas zitieren, noch etwas zum dritten Punkt:
„In Krisensituationen mit Kunden oder Kollegen soll der Weg eingeschlagen werden, bei dem der gute Name unserer Firma nicht leidet. Großzügigkeit und Geduld sind die besten Helfer. Wenn der Fehler bei uns liegt, soll auch voll dazu gestanden werden. Rechthaberei oder andere persönliche Prestigefragen sollen außerhalb des Spiels bleiben. Im Zweifelsfalle ist es meist besser nachzugeben oder einen annehmbaren Kompromiß zu schliessen, als einen großen Gerichtsprozeß zu provozieren. Innerhalb unseres Unternehmens soll ein freiheitlicher Geist, eine Atmosphäre des Vertrauens und der gegenseitigen Wertschätzung herrschen. Vorgesetzte und Untergebene *(so steht's da)* arbeiten nach Grundsätzen des partnerschaftlichen Führungsstils zusammen." Über „die niemals nachlassende Freude an der Einsatzbereitschaft" ebendieser Vorgesetzter und Untergebener heißt es:
„Eine starke Position im Wettbewerb kann nur ausgebaut werden, wenn jeder einzelne Mitarbeiter bei jeder Handlung darauf ausgeht, einen möglichst guten Unternehmensgewinn zu sichern. Dabei sollen wir immer nur das Positive im Auge haben. Der Aufbau und Ausbau von Stärken unseres Unternehmens ist mindestens so wichtig wie der Abbau von Schwächen. Wenn jeder im Sinne der hier dargelegten Gedanken arbeitet, scheidet das Schwache mit der Zeit von selber aus. Wir werden immer darauf achten, daß jedem Mitarbeiter ein Aufgabenkreis zugeordnet wird, in dessen Rahmen er sich selbständig verhalten kann. Zusammen mit dem Wachsen unseres Unternehmens soll auch jeder Mitarbeiter die Möglichkeit zum Aufstieg haben. Alle Mitarbeiter sollen nach der Leistung bezahlt werden und nicht nach persönlichen Eigenschaften oder Fähigkeiten. Es kommt nicht darauf an, was ein Mitarbeiter kann und was er tun möchte, sondern ausschließlich darauf, was er wirklich tut und für die Firma vollbringt. Jeder Mitarbeiter soll innerhalb seines Kompetenzbereiches die anfallenden Entscheidungen selbständig fällen. Besser einmal ein falscher Entscheid, sofern man ihn nach dem Erkennen korrigiert, als dauernde Unsicherheit wegen fehlenden Entscheides. Entscheidungen auf allen Stufen sind immer nach

den Tatsachen und Gegebenheiten zu treffen, ohne Rücksicht auf Personen, Vorurteile oder Übereiferungen. Es kommt nicht darauf an, wer Recht hat, sondern was richtig ist. Tatsachenentscheide sind objektiv. Und objektive Entscheide sind bessere Entscheide."



Unsere Geschäftsgeheimnisse

Dieses „Jahrzehnte erfolgreich mit Diskretionsgarantie arbeitende Mitglied nationaler und internationaler Organisationen" wendet sich mit folgendem Schreiben an den „Werkschutz als Prellbock zwischen Sicherheit und Freiheit", das man — weil's so schön ist — nur ganz zitieren kann:

„Die richtige Mitte zwischen Freiheitsverbürgung und Sicherheitsbewährung zu finden ist die Kunst des Werkschutzleiters. Was aber ist die ‚richtige' Mitte? Sie ist: ein permanentes Spannungsverhältnis, abhängig von politischen Forderungen, die in den Betrieben von Fall zu Fall unterschiedlich sind.

Sie als Werkschutzleiter sitzen dauerhaft auf einem Schleudersitz und sind einem oft existenzbedrohenden Risiko ausgesetzt. Das können sie ändern: Kocks-Schutz-Detektive

— leisten ohne Rücksichtnahme auf Emotionen von politischen Idiologen (Rechtschreibung von Kocks übernommen) streng nach den Erfordernissen z. B. bei der Überwachung verdächtiger Personen, und zwar auch dann, wenn ihr Einfluß innerhalb des Betriebes gefürchtet ist,
— beobachten außerhalb des Betriebsgeländes in Fahrzeugen und auch im getarnten Einsatz,
— sind als unerkannte Revisoren schnell mit Sachverhalten bekannt (beginnend bei Schwarzarbeit bis zu vorgetäuschter Krankheit), die ein Täter einem Werkschutzmann nicht mitteilen würde.

Da Sie solche Leistungen nur in Ausnahmefällen selbst durchführen können, ohne gleichzeitig an ihrem Stuhl zu sägen, meinen wir, Sie sollten Ihren verantwortlichen Vorgesetzten gelegentlich den Kocks-Schutz-Einsatz empfehlen. Damit Sie mehr über unsere Leistung erfahren, übermitteln wir ihnen kostenlos auf Wunsch unsere Informationsmappe und stehen bei Rückfragen jederzeit zu ihrer Verfügung.

Auch für Sie gibt es ‚Gefahren aus dem Hinterhalt'."

Und in eben jener Informationsmappe gibt es eine „Checkliste zur relativen Balance gegen Erpresser im Arbeitsgerichtsprozeß", die unter anderem folgende Checkpoints vorsieht:
Liegen Erfahrungen über Fehlverhaltensweisen an früheren Arbeitsplätzen vor?
Konnten im eigenen Geschäftsbereich bzw. des Kontrahenten Feststellungen zu folgenden Punkten gesammelt werden: Extreme, u. a. gegen die Berufsnorm gerichtete Ambitionen — Verleitung von Kollegen oder Untergebenen zu Pflichtwidrigkeiten z. B. Untätigkeit, Krankfeiern, Schwarzarbeiten etc. — Aufrufe zu illegalen Streiks, Vortäuschung von Krankheit zwecks Freilassung von der Arbeit — Geschäftspapiere o. ä. kopiert und in in den privaten Bereich verbracht bzw. an Wettbewerber oder Gegner übergeben. Arbeitsleistung durch private Beschäftigung vermindert — Produkte oder Betriebsstoffe in private Bereiche überführt (elegant ausgedrückt, was?) — Künftige Selbstständigkeit durch illegale Maßnahmen während der Betriebszugehörigkeit vorbereitet — Auf den Namen der Kontrahenten, seiner Ehefrau oder von nahen Verwandten Gewerbeanmeldungen erfolgt oder ansonsten eigene Geschäfte abgewickelt.

Bei der Personalüberprüfung von Bewerbern geht laut Herrn Manfred Kocks bei ihm alles mit rechten Dingen zu. Die Zeitschrift „Der Leitende Angestellte" druckte ein Interview mit ihm ab, dessen Kopie der Informationsmappe beigefügt ist. Auf die Frage nach der Beschaffungsweise der Informationen antwortet Kocks:

„Bei der Verarbeitung der Informationen halten wir uns streng an die vom Gesetzgeber bestimmten Auflagen, wobei die jeweilige Überprüfung durch unsere vertraglich gebundenen Detektive geschieht. Wie dies im Einzelfall geschieht, gehört zu unseren Geschäftsgeheimnissen, wobei ich darauf hinweisen möchte, daß wir keinesfalls Informationen unerlaubt aus behördlichen Registern oder aus Registern öffentlich-rechtlicher Körperschaften abrufen. . . . Der jeweilige Auftraggeber erhält von uns nur solche Informationen, wie sie für die Beurteilung eines Bewerbers von Wichtigkeit sind. Unser Ehrgeiz geht keinesfalls soweit, z. B. aus der familiären Intimsphäre, aus dem religösen Bereich oder aber über Zugehörgkeit zu demokratischen Parteien zu berichten. . . . Die betroffenen Bewerber erfahren von uns aus nichts über diese Recherchen, da wir unsererseits den Firmen volle Diskretion zusichern und es in die Entscheidung der einzelnen Firmen stellen, ob sie unsere Auskünfte dem Bewerber vorlegen oder nicht."

Verfassungsfeinde drängeln sich in die Chefetagen

Auf die Frage, wo er die Grenze bei der Durchführung von Aufträgen, die seiner Meinung nach im Rahmen unserer Rechtsordnung liegen, sehe: „Wir gehen bei der Betrachtung des Problems davon aus, daß ein Unternehmen das Recht hat, einen aktiven Gegner der gültigen Verfassung als Bewerber zurückzuweisen und betrachten insoweit die Durchführung der uns gestellten Aufgaben nicht nur als im Rahmen unserer Rechts-

ordnung liegend, sondern als unbedingt erforderlich. Die Grenzen unserer Feststellungen verlaufen dort, wo ‚beweisfähige' extrem-politische Tätigkeiten feststellbar sind. Wir erlauben uns jedoch keinesfalls Zweifel an der Verfassungstreue von Bewerbern, solange noch nicht ‚beweisfähige' Umstände dieVerfassungstreue ausweisen." Es folgen als anschauliche Beispiele die Bewerbung eines Neofaschisten für den Posten eines Personalchefs und die „Bewerbung für die Position des Betriebsleiters eines mehrere hundert Beschäftigte zählenden Betriebes", bei der die Überprüfung ergab, „daß der Bewerber das interne Partei-Mitteilungsblatt der KPD/ML redigierte, druckte und in seinen eigenen journalistischen Beiträgen zum Untergrundkampf gegen die Verfassung dieses Staates aufforderte und speziell illegale Angriffstechniken empfahl." Na sowas! Und vor allen Dingen: wie typisch!

Parallelen zum Radikalenerlaß sieht er keine, „ weil wir uns nicht erlauben, Zweifel an der Verfassungstreue von Bewerbern aufzuzeigen. Wir können nur dort, wo dies beweisbar feststellbar ist von extrem-politischen Aktivitäten d. h. Verfassungsuntreue, berichten, ohne daß wir uns in Vermutungen oder Verdächtigungen ergehen würden. Unser Problem besteht also nicht darin, einen Zweifel zu haben oder zu verfolgen, sondern die Verfassungsuntreue — soweit sie vorliegt — anhand von Fakten beweisfähig zu berichten." Darauf angesprochen, ob seine Tätigkeit nicht im Widerspruch dazu stehe, daß er als FDP-Stadtverordneter in Geldern seiner Partei angehöre, die sich gegen die Radikalenüberprüfung ausgesprochen habe: „Es ist nur legitim, wenn betriebliche Körperschaften darauf achten, keine Verfassungsfeinde in leitenden Positionen zu beschäftigen, Wenn materielle und immaterielle Güter ungeschützt der Volkswirtschaft verloren gehen, ist der Staat, die Gesellschaft, mit einen Steuerausfall an der jeweiligen Verlustsumme von oftmals mehr als 50% beteiligt. Die Schätzungen über die dem Staat entstehenden Schäden durch Wirtschaftskriminalität liegen bei 20 Milliarden DM jährlich. Diese Steuerausfallquote einerseits zu verhindern und andererseits durch unsere Dienstleistungen zur Beibehaltung der Ordnung innerhalb der Witschaft beizutragen, steht für mich in keinem erkennbaren Gegensatz zu meiner politischen Auffassung."

Also Leute: WIR sind die wahren Wirtschaftskriminellen!Weil wir uns nämlich immer in die leitenden Positionen dieser unserer Witschaft drängen!

Und wer sich mal der Kock'schen Dienste bedienen möchte: Die Zentrale ist in der Königstraße 61 III, 4100 Duisburg 1, Tel.: 0203 / 33 40 59 (Für diese Schleichwerbung hat Kocks übrigens keinen Pfennig bezahlt. Die ID-Redaktion.)

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 28 - 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

DOKUMENTATION ZUR KÜNDIGUNG VON FRANCO VALDES

FRANKFURT
22. Februar 79

Franco Valdes (ein Betriebsrat der Adlerwerke, im Frühjahr 1978 über die oppositionelle Ausländerliste gewählt) war im Oktober (siehe ID 256) entlassen worden, weil er sich gegen die Samstagsschichten eingesetzt hatte. Zwar erklärte das Arbeitsgericht am 8. Februar die Kündigung für rechtswidrig, aber die Adlerwerke lassen ihn (noch?) nicht in den Betrieb.

Unter dem Titel „Solidarität mit Franco Valdes" hat das Centro 8. Oktober eine Dokumentation über die Kündigung und die Reaktionen der Presse herausgegeben. Ihr bekommt sie für 2 Mark bei Frieder Bauer , Eppsteinerstr. 47, 6 Frankfurt 1.

MICHELIN-BETRIEBSRÄTE SOLLEN „FREIWILLIG" ZURÜCKTRETEN

KARLSRUHE
22. Februar 79

Richter Kühn vom Karlsruher Arbeitsgericht blockierte am 20./21. Februar im Prozeß wegen der Kündigung von drei Michelin-Betriebsräten (siehe ID 248 u. 269) alle Versuche, die Hintergründe des Streiks und der Entlassung aufzudecken. Stattdessen machte er einen 'Einigungsvorschlag': die Betriebsräte sollen ihr Mandat freiwillig niederlegen, dafür aber im Betrieb bleiben! Prozeßbeobachter, und nicht nur sie, vermuten, daß ein Betriebsrat, der sich darauf einläßt, bald im Zweigwerk Nordpol der Firma Michelin seiner Beschäftigung nachgehen wird.

Der Staranwalt von Michelin, Frey, fuhr andere Betriebsräte, die als Zeugen aussagten, an: „Sie gehören auch auf die Anklagebank!"

Übrigens ist das IG-Chemie-Vorstandsmitglied Werner Vitt, das die Michelin-Streiker so flehentlich zum Abbruch des Streiks ermahnt hatte, im November 1978 äußerst kampfbereit auf dem Bahro-Kongreß in Westberlin aufgetreten...

Kontakt: Initiative von Michelin-Kollegen, c/o Betriebsrat der Firma Michelin, Vogesenstr. 4, 75 Karlsruhe, Tel.: 0721 / 596 0223.

Max Watts / ID

„IHR HEMMT UNS, DOCH IHR ZWINGT UNS NICHT"

FRANKFURT
22. Februar 79

Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt, die alle in der Bundesrepublik erschienenen Druckwerke sammelt, kann jetzt auch eines von ihren eigenen Mitarbeitern archivieren. Die ÖTV-Betriebsgruppe der Deutschen Bibliothek hat eine Broschüre gemacht, in der sie ihren Papierkampf mit der ÖTV-Gewerkschaftsführung dokumentiert.
Formal geht es dabei um die Art und Weise, wie die Bürokratie gehandhabt werden soll, inhaltlich darum, wie eine Betriebsgruppe mundtot gemacht werden soll — sie darf nicht öffentlich auftreten, sie hat von der Gewerkschaftsführung einen Maulkorb verordnet bekommen: Funktionsverbot für die beteiligten Vertrauensleute der Bibliothek. Wie es dazu kam und was dahintersteckt, ist zu lesen in „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht", zu bestellen bei Norbert Cobabus, Gärtnerweg 7, 6 Frankfurt 1, für zwei Mark (Konto: Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 339-95016).

BERUFSVERBOTE AN BOCHUMER UND BREMER VOLKSHOCHSCHULEN

BOCHUM/BREMEN
9. Februar

Mit gleichem Datum (9.Februar) erreichten uns zwei Berichte über Berufsverbotsfälle. Der eine kam aus Bochum, der andere aus Bremen. Aber nicht nur das Datum ist gleich, auch sonst gibt es Ähnlichkeiten. Beide Male sind nebenamtlich beschäftigte Kursleiter der jeweiligen Volkshochschulen die Betroffenen, beide gaben Mathematikkurse und haben sich mit SPD-Politikern angelegt. Aber lest selbst:

Weder in der VHS noch in der Sternwarte Platz für Bürgerinitiativler

Ich, Dieter Muhr, bin seit zweieinhalb Jahren arbeitslos, nachdem ich im Frühjahr 76 mein Examen als Diplom-Mathematiker gemacht habe. Seit ca. 2 Jahren arbeite ich als Kursleiter im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich der Volkshochschule in Bochum und bin Teilnehmer eines Videokurses im Bereich Medien der VHS Bochum. Außerdem bin ich seit ca. 2 Jahren Mitglied der Bürgerinitiative gegen den Bau der Fernautobahn Kassel–Dortmund–Bochum–Düsseldorf–Aachen, auch „A 44 DüBoDo" genannt. Diese Bürgerinitiative besteht seit 1973.

BERUFSVERBOT, ERSTE PHASE

Am 15.11.78 teilt mir der Direktor der VHS Bochum, Dr. E. A. Plieg, schriftlich mit: „daß nach nochmaliger Überprüfung der Angebote für das Frühjahrssemester 1979 für Ihre weitere Mitarbeit bei der VHS Bochum kein Bedarf besteht."

In der Folgezeit hörte ich von anderen Kursleitern, daß die Kurse nicht gestrichen würden, sondern mit neuen Kursleitern, die zum Teil noch nicht an der VHS arbeiten, im nächsten Semester angeboten werden sollen.

Für einen Kurs hat die VHS bis HEUTE noch keinen Nachfolger gefunden, sodaß er in diesem Semester ausfallen muß. Dazu ist zu sagen, daß es sich um einen Standardkurs handelt, der normalerweise in jedem Semester angeboten werden soll.

In einem daraufhin von mir beantragten Gespräch, bei dem der Direktor, zwei pädagogische Mitarbeiter und ich anwesend waren, begründete Herr Plieg das Schreiben vom 15.11.78 sinngemäß wie folgt: Ich sei als Kursteilnehmer des Videokurses eigenmächtig zum Erörterungstermin bezüglich der Errichtung eines Energiezentrums in den Dortmunder Rieselfeldern nach Datteln gefahren, um dort Videoaufnahmen zu machen, wobei ich den Eindruck erweckt habe, daß ich im Auftrag der VHS handele. Hierzu ist zu sagen, daß in dem Videokurs verschiedene Projekte (wie z.B. Jugend- und Stadtteilarbeit, Dokumentation ökologischer Probleme in Bochum und Umgebung, Frauenprobleme, Erstsemestergruppe usw.) laufen und die Benutzung der Videoanlage für die einzelnen Projekte in den Kursen mit den Kursleitern abgesprochen wird. Bezüglich des Eindrucks, daß ich im Auftrag der VHS gehandelt habe, ist zu sagen, daß ich in Datteln gesagt habe: „Ich komme von der VHS Bochum und möchte eine Dokumentation zu den Rieselfeldern erstellen."

Als zweiten Punkt fügte Herr Plieg an, und dieser scheint mir der wesentliche zu sein: Ich habe presserechtlich verantwortlich gezeichnet für zwei Flugblätter der BI gegen den Bau der DüBoDo, in denen der Fraktionsvorsitzende der SPD Bochum, Heinz Hossiep, als Betreiber der DüBoDo dargestellt wird. Der Stil dieser Flugblätter sei politisch nicht mehr zu verantworten. Außerdem müsse man davon ausgehen, daß jemand, der solche Flugblätter unterzeichne, auch in seinen Kursen nicht nur Mathematik betreibe.

BERUFSVERBOT, ZWEITE PHASE

Über das Arbeitsamt Bochum hätte ich im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ein halbes Jahr bei der Sternwarte Bochum ab 4.12.78 arbeiten können. Für diese Zeit wäre ich Angestellter der Stadt Bochum gewesen, die Bezahlung trägt das Arbeitsamt. Trotz Einverständnis des Leiters der Sternwarte, Prof. Kaminski – auch polizeiliches Führungszeugnis und Gesundheitszeugnis waren in Ordnung – erhielt ich am 29.11.78 ein Schreiben des Personalamtes der Stadt Bochum, in dem mir mitgeteilt wurde: „daß sich Ihre Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsbeschaffungsprogramms bei der Stadt Bochum nicht ermöglichen läßt."

In einem darauffolgenden Gespräch erfolgte die Begründung mit der presserechtlichen Verantwortlichkeit für die beiden Flugblätter der BI gegen den Bau der DüBoDo im gleichen Stil wie schon bei der VHS. Außerdem wurde geäußert, ich müsse schließlich auch verstehen, daß ein Arbeitgeber sich unter mehreren Bewerbern den aussuche, mit dem er meint, am besten klarzukommen. Hier ist zu erwähnen, daß ich zum damaligen Zeitpunkt als einziger vom Arbeitsamt Bochum für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bei der Sternwarte vorgeschlagen wurde.

Kontakt: Dieter Muhr, Hustadtring 41, 4630 Bochum 1, Tel.: 0234/ 705656.

DER HOCHSCHULKRITIKER UND DER HERR SENATOR

Ein Bericht von Mitgliedern des Delegiertenrates der Volkshochschule Bremen:

Bis Juli 1979 war der Kollege Rolf Röhrig Dozent an der Bremer Volkshochschule im Fachgebiet Mathematik. Die lautstarke Ablehnung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und des Bremer Hochschulgesetzes (BHG) auf einer GEW-Veranstaltung an der Universität Bremen – mit dem Senator für Wissenschaft und Kunst, Horst-Werner Franke, als Gast – machte ihn in Bremen zum ersten Berufsverbotsfall als nebenamtlich Beschäftigter.

Die Teilnahme des Kollegen Röhrig an dieser Veranstaltung, auf der der Senator kräftig ausgebuht und ausgepfiffen wurde, als er HRG und BHG wortreich zu verkaufen suchte, sowie Röhrigs Zusammenarbeit mit einer politischen Gruppe, die in den Auseinandersetzungen um das Hochschulgesetz eindeutig Stellung bezogen hatte und vom Senator als Initiator der Mißfallenskundgebungen gegen ihn ‚ausgemacht' worden war, reichten für den Senator Franke zu der Feststellung, daß es dem Kollegen an der für die Lehrtätigkeit an der Volkshochschule notwendigen ‚erwachsenpädagogischen Qualifikation' fehle. Er schrieb dazu in einem Brief an Röhrig: *„Wer im öffentlichen Auftrag als Erwachsenenpädagoge tätig sein will, muß auch... im Umgang mit anderen Menschen engagiert für gegenseitige Toleranz eintreten. Der Senator für Wissenschaft und Kunst ist der Überzeugung, daß Toleranz als unterrichtsspezifisches Verhalten auch als Grundhaltung, in jeder öffentlichen Diskussion gezeigt werden muß."* Der Kollege, dem nicht einmal vorgeworfen wird, daß er sich an dem Protestverhalten der Studenten beteiligt hat, noch, daß er Mitglied der politischen Gruppe ist, die des Senators Mißfallen erregte, könne sich nur dann als Erwachsenenpädagoge rehabilitieren, wenn er sich von dem Verhalten der übrigen Veranstaltungsteilnehmer distanziere.

Als Diplom-Mathematiker hat Röhrig in einem Kurs für jugendliche Arbeitslose zur Vorbereitung auf den Hauptschulabschluß unterrichtet. Laut Auskunft seiner nächsten Mitarbeiter ist es ihm gelungen, auf die besonderen Schwierigkeiten dieser Jugendlichen einzugehen und ihnen trotz der unterschiedlichsten Voraussetzungen das notwendige Wissen zu vermitteln. Sowohl die Lehrgangsleiterin wie auch die Leiterin des Sachgebiets innerhalb der Volkshochschule haben betont, daß sie aufgrund der bisherigen sehr guten Erfahrungen die weitere Zusammenarbeit wünschen. Bei dieser Beurteilung durch den Mitarbeiterkreis

hielten es die Leitung der Volkshochschule, Personalrat und Dozentenrat als die Vertretungsgremien aller an der VHS Beschäftigten für richtig, mit Rolf Röhrig als Dozent weiterhin zusammenzuarbeiten. Entsprechend erfolgte auch ein Schreiben der VHS-Leitung an den Senat für Wissenschaft und Kunst als vorgesetzter Behörde: *„Sachgebietsleiterin, Lehrgangsleiterin, Personalrat und Dozentenrat stimmen darin überein, Herr Röhrig sollte auf jeden Fall im Arbeitszusammenhang der Volkshochschule verbleiben."* Nicht zuletzt waren es auch die Schüler, die mit ihrem Solidaritätsschreiben an den Senator Röhrig in seiner Rolle als Pädagoge bestätigten.

Was für Schüler und Mitarbeiter bei der Auswahl von Dozenten nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses steht, nämlich einwandfreie und qualifizierte Lehrtätigkeit, ist für den Senator unerheblich. Entscheidend für den Ausschluß von weiterer VHS-Tätigkeit ist nach seiner Darstellung das Fehlen einer gewissen Grundhaltung, wie er es bei der genannten Veranstaltung bemerkt haben will. Diese etwas merkwürdige Wahrnehmung des Senators war dann Grundlage dafür,dem Kollegen Röhrig die ‚erwachsenenpädagogische Qualifikation' abzusprechen.

Es ist nicht neu im Dienstbereich des Senators Franke, daß Mitbestimmungsgremien, zunächst als Teil fortschrittlicher Demokratisierung und Meinungsbildung in der Behörde hochgelobt, letztendlich übergangen werden; es ist auch nicht neu, daß sich Frankes Beteuerungen, nicht politisch zu disziplinieren, in der Praxis als haltlos erweisen. Das Neue in diesem Fall von Berufsverbot ist, daß hier nun auch Vorfälle außerhalb des konkreten Arbeitsfeldes zur Grundlage der Beurteilung beruflicher Fähigkeiten gemacht werden und zwar so, daß Franke versucht, qua Dienstautorität jeden Beschäftigten — unabhängig von der Qualität seiner vorweislichen Arbeit — an eine Haltung zu binden, die zu definieren ihm allein vorbehalten ist.

Per senatorischer Dienstanweisung erfolgte dann auch die Ablehnung einer Weiterbeschäftigung des Kollegen Röhrig. Die Entscheidung eines durch Röhrig angestrengten Verfahrens beim Amtsgericht Bremen hat nunmehr dem Senator ein ‚rechtswidriges' Verhalten bescheinigt, das in der Konsequenz einer ‚über das zumutbare Maß hinausgehende(n) Beschränkung der Meinungsfreiheit gleichkommt (Urteil vom 1.11.78, G.Nr. 14 C 94/1978). Dieser Lichtblick ‚ordentlicher Gerichtsbarkeit' läßt jedoch kaum ein großes Frohlocken zu. Obgleich das auslösende Moment dieses Berufsverbots — nun auch in offizieller Bestätigung — sich auf den juristisch kaum faßbaren Tatbestand senatorischer Animosität reduzieren läßt, und obwohl sich eine Reihe namhafter Persönlichkeiten für die Wiedereinstellung Röhrigs verwandt haben, hat Franke Berufung eingelegt.

Weitere Informationen bei dem **Dozentenrat der VHS Bremen, Schwachhauser Heerstr. 67, 2800 Bremen 1.**

HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 90 03 43,
Tel.: 0611 / 704 352 Verantwortl. Redakteur: Manfred Wallenborn

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

*** letzte meldung . . . letzte meldung . . . letzte meldung . . . ***

RHEINPREUSSENSIEDLUNG BLEIBT ERHALTEN

FRANKFURT, den 22. Februar 1979

Wie wir soeben erfahren, hat die Stadt Duisburg die Siedlung gekauft und will sie erhalten (siehe dazu auch ID Nr. 268).

Unsere ganze Freude und unser Glückwunsch gilt den Bewohnern dieser Siedlung, die lange genug um den Erhalt ihrer Siedlungen kämpfen mußten.

Zur Schweizer Ablehnung der Atomschutzinitiative:

VOLKSINITIATIVEN ODER DIE MÄR VON DER (ANGEBLICH) DIREKTEN DEMOKRATIE

ZÜRICH 18.Februar Gedacht waren die Volksinitiativen in der Schweizer Verfassung ursprünglich als Waffe gegen die herrschende Mehrheit, als eine Öffnung des politischen Systems, die es erlauben sollte, Forderungen und Begehren zu äußern, ohne daß sie in der Verwaltungsmühle hängen bleiben. 50.000 Stimmbürger, seit neuestem doppelt so viele, können eine Volksinitiative in Gang bringen, wovon seit 1891 immerhin 128mal Gebrauch gemacht worden ist. Hört sich gar nicht schlecht an, oder?

Die Realität dagegen sieht eher bedrückend aus: von den 128 Initiativen haben nur 6 die Zustimmung von Volk und Kanton erhalten. Die letzte angenommene war übrigens betitelt: „Rückkehr zur direkten Demokratie" im Jahre 1949, mit verdrehtem Ergebnis, wie es scheint. Eine Initiative muß nicht nur die Mehrheit der Stimmberechtigten, sondern auch die Mehrheit der Kantone finden. Das heißt beispielsweise für die Atomschutzinitiative, selbst wenn über 50% dafür gestimmt hätten, wäre die Initiative verworfen worden, weil nur in 9 Kantonen (von 23) eine Mehrheit für Atomschutz vorhanden war. Mitunter können also kleine konservative Bergkantone zum Zünglein an der Waage werden. Das hat sich bei der Ablehnung der Fristenlösung gezeigt.

Merkwürdig ist auch die Tatsache, daß in allen Gemeinden, wo AKW's stehen oder gebaut werden, der Atomschutz deutlich abgelehnt wurde. Die Werbung vor jeder Abtimmung läßt sich durchaus mit dem westdeutschen Waschmittel-Wahlkampf vergleichen. Riesige Buchstaben mit JA oder NEIN leuchten von unzähligen Werbeplakaten und ersetzen genauso die Argumente wie riesige Farbposter mit grinsenden Politikerschädeln im BRD-Wahlkampf.

Die Parteien geben vor jeder Abstimmung ihre „Parolen" heraus und empfehlen ihren Anhängern, das „richtige" Votum in die Urne zu legen. Die Vorzeichen für die Atomschutzinitiative waren ziemlich schlecht, und somit werten die Schweizer AKW-Gegner die 49% Zustimmung als nun nicht mehr übersehbare Ablehnung von Atomenergie durch die halbe Schweiz.

Die geringe Wahlbeteiligung (ebenfalls 49%) wirft die Frage auf, ob es subversiven Elementen bei jeder Abstimmung gelingt, die Mehrheit der Schweizer Stimmbürger zum Wahlboykott zu überreden. Die Apathie läßt sich wahrscheinlich am besten durch die Haltung erklärten: „Die machen da oben ja sowieso, was sie wollen...!"

Kontakt: **Eidgenössische Atomschutzinitiative, Postfach 725 CH– 4002 Basel**

SOLL AKW ZWENTENDORF TROTZ VOLKSENTSCHEID IN BETRIEB GENOMMEN WERDEN ?

WIEN
25. Januar

Vor einem Jahr, am 18./19.1.1978, hat die österreichische Regierung trotz heftiger Proteste die Uranbrennstäbe nach Zwentendorf einfliegen lassen. Während die Politiker von einer demokratischen Entscheidung sprachen, sollten in Zwentendorf jedoch vollendete Tatsachen geschaffen werden. Damals sagte die Gesundheitsministerin, daß „man die Brennstäbe ja jederzeit wieder einpacken und zurückschicken" könne. Das ist bislang noch nicht geschehen, obwohl durch den Volksentscheid im letzten Jahr ein Weiterbau des AKWs abgelehnt wurde.

Gewerkschaftspräsident Benya:„Ich schließe nicht aus, daß Zwentendorf doch noch in Betrieb gehen könnte." Vizekanzler Androsch:„Ich kann mir vorstellen, daß man Zwentendorf als Reservekapazität betrachtet." Industriechef Igler:„Was das AKW Zwentendorf betrifft, so sollten nun nicht Kurzschlußhandlungen gesetzt werden, die vielleicht in wenigen Jahren bei geänderten politischen Verhältnissen bereut werden könnten."

Am 19.1.79 hat die Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner eine Demonstration durchgeführt, die den von ihr nach der Volksabstimmung gestellte Forderungen (sofortige Ausfuhr der Uranbrennstäbe — Abbau der nuklearen Teile des AKWs — sofortige Entscheidung über Umbau oder Abwrackung) Nachdruck verleihen sollte.

Die Regierung hat auf diese Forderungen bis heute nicht geantwortet. Die Oppositionsparteien ganz zu schweigen. Das Thema soll aus dem Wahlkampf herausgehalten werden, damit die Parteien nach der Wahl freie Hand haben. Das Parlament hat zwar ein AKW-Verbotsgesetz beschlossen, das aber genausoschnell wieder aufgehoben werden kann. In Zwentendorf selbst wurde nichts verändert. Die Brennelemente wurden nicht ausgeführt. Das AKW ist weiter betriebsbereit. Jede Woche werden Millionen Schilling hinausgeworfen um das AKW zu konservieren in der festen Absicht, es zu einem späteren Zeitpunkt doch noch in Betrieb zu nehmen. So setzt sich die Regierung schon heute über das Ergebnis der Volksabstimmung hinweg.
Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, Postfach 138, 1071 Wien.





KALKAR: NOTRUF DER DEUTSCH-HOLLÄNDISCHEN BÜRGERINITIATIVEN

MOERS
12. Februar 79

Vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster führt Bauer Maas einen Prozeß gegen den Schnellen Brüter beziehungsweise gegen dessen Betreiber. Dieser Prozeß geht jetzt in die Beweisaufnahme. Angefangen hat er 1973, ein Ende ist nicht abzusehen.
Seit 1976 spendeten deutsche und holländische Bürger 100.000 DM. Im Frühjahr 1979 werden voraussichtlich die Gutachten für die Beweisaufnahme in Auftrag gegeben. Zu ihrer Finanzierung braucht Josef Maas mindestens noch einmal 100.000 DM.

„An Unterstützung hat es Bauer Maas nie gefehlt. Aber das finanzielle Prozeß-Risiko muß er allein tragen. Es kann nicht angehen, daß er, der den Prozeß stellvertretend für uns alle führt, seine Existenz riskiert und sein Hof unter den Hammer kommt. Nur bundesweite Solidarität kann Bauer Maas helfen, den Prozeß weiterzuführen!"

Prozeßkonto: Sparkasse Kleve Nr. 510 46 33, Interessengemeinschaft 4192 Kalkar-Hönnepel, Meerweg 1, Bankleitzahl 3245 00 00.

Kontakt: Deutsch-Holländische Bürgerinitiativen, Gerda Degen, Zahnstr. 23, 413 Moers, Tel.: 02841 / 25 475.

Bei den Bürgerinitiativen in Moers kann man noch ein Formular eines 'Schuldversprechens' anfordern. Da setzt man einen selbstgewählten Betrag als Bürgschaft ein, der bei verlorenem Prozeß fällig wird. — Außerdem gibt es noch eine Solidaritätsplatte.

KRITIK AM BBU-VORSTAND

BERLIN
NOVEMBER 78

Nach der letzten Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Germersheim schickte uns Harald Schumann aus Berlin eine Kritik, die er als konstruktiv verstanden wissen will. Das Folgende sind die Passagen der Kritik, in denen er Veränderungsvorschläge macht; weggelassen sind die, in denen es um den Ablauf der Versammlung vom 25. und 26. November 1978 ging.
Dieses Papier ist immer noch aktuell, da im März die nächste Mitgliederversammlung der BBU stattfindet.

...

Ich schlage verschiedene Konsequenzen und Veränderungen für die BBU vor, wobei ich von folgenden Voraussetzungen ausgehe:

1. Wichtige politische Entscheidungen, gerade in der Umweltpolitik, werden nicht nach der Anzahl und Gewitztheit der jeweiligen Lobbyisten gefällt, sondern aufgrund politischer Kräfteverhältnisse. Eine Vertretung in Bonn, die nicht von einer breiten Basis unterstützt und kontrolliert wird, wird zwar Multifunktionären wie Roland Vogt und Joseph Leinen die Möglichkeit geben, sich zu profilieren, aber sie wird den Umweltschutz in eine Reihe mit vielen anderen Problemen stellen. Sie werden zwar da sein, aber von der gleichen Nützlichkeit, wie ein Auto ohne Motor.

Niemand wird ernsthaft glauben, daß die Verwässerung des Bundesemissionsschutzgesetzes oder des Verkehrslärmsgesetzes dadurch hätte verhindert werden können, daß mehr oder bessere BBU-Vertreter in Bonn zur Stelle gewesen wären, oder etwa doch?

2. Der BBU soll nicht aufgetrennt werden in eine unabhängige Umwelt-Lobby-Elite und lokal und vereinzelt arbeitende Basisgruppen.
3. Der Vorstand soll nicht ein Jahr machen können, was er will, um sich anschließend mit großer Schau und viel Mauschelei wiederwählen zu lassen. (Man denke nur an die Wahlknüller' in dieser Runde: R. Vogts verspäteter SPD-Austritt, zufällig gerade vor dieser MV und die etwas verspätete Bekanntgabe des Disziplinarverfahrens gegen H. G. Schumacher). Selbst Peter Willers, der bisher Mitglied im Dreier-Vorstand war, gibt zu, daß der Vorstand „einigermaßen abgehoben" gearbeitet und seine Koordinationsaufgabe vernachlässigt habe. Leider hat er nicht den Mut gehabt, dies auch bei der MV zu sagen, sondern ist stattdessen sang- und klanglos zurückgetreten. Dann wäre vielleicht auch über den selbstherrlichen Dortmunder Vorstandsbeschluß geredet worden, in Zukunft mehr Lobby-Arbeit zu machen (siehe Frankfurter Rundschau, 27.11.).
4. Der BBU ist ein Verband, der sich den Prinzipien Basisdemokratie und Dezentralisierung der ‚Macht' verpflichtet hat. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben der zentralisierten, schwer kontrollierbaren und deshalb teilweise undemokratischen Vorstandsarbeit, sich selbst wenigstens tendenziell überflüssig zu machen, anstatt immer mehr Funktionen auszufüllen und sich scheinbar unentbehrlich zu machen.
5. Der BBU soll als Verband und in seiner Vertretung nach außen prinzipiell parteiunabhängig sein. (nicht die Mitglieder)
6. Der BBU soll kein Sprungbrett für Karrieristen sein.

Möglicherweise könnte die Umsetzung der folgenden Vorschläge, der Verwirklichung dieser Prinzipien besser dienen als die bisherige Praxis.

Vostandsmitglieder werden grundsätzlich nur für ein Jahr gewählt und eine Wiederwahl ist ausgeschlossen. Denn die Mitarbeit im Vorstand kann im Grunde jeder BI-ler mit ein bißchen Erfahrung lernen, und je mehr Leute das können, umso besser ist es für uns und um so durchsichtiger wird die Sache mit der Zeit. Wichtig ist dann nur, daß die Vorgänger all ihre Erfahrungen und Kontakte weitervermitteln, damit die Kontinuität möglich bleibt.

Vorstandsmitglieder dürfen keiner Partei angehören. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß man gleichzeitig Mitglied in einer Partei sein kann und einen Verband mit so vielen verschiedenen politischen Meinungen nach außen hin vertritt, ohne nicht zumindest teilweise diese Verbandsarbeit im Sinne dieser Partei zu lenken und zu benutzen.

Mit der Vorstandswahl sollen verbunden sein:
1. eine bindende Aufgabenverteilung, Verantwortlichkeit und Schwerpunkte,
2. mit der Person soll gleichzeitig seine BI gewählt werden, die deren Aufgaben mitübernimmt, mitbestimmt und notfalls auch den Vertreter benennt. Damit wird die BI entscheidend und nicht die Person. Die Mitarbeit in einer arbeitsfähigen BI ist dann natürlich Voraussetzung.

— Die mit den jeweiligen Themen beauftragten BI's berufen, falls notwendig, themenbezogene Versammlungen (Bsp. AK Verkehr o. AK Gorleben-Widerstand), auf denen auch Nicht-BI-Mitglieder Rederecht haben. (um der Isolation entgegenzuwirken
— sämtliche Anträge zu einer MV werden vorher verschickt, diskutiert und vor jeglichen Wahlen behandelt!
— Das Rederecht der Vorstandsmitglieder außerhalb der Rednerliste wird ersatzlos abgeschafft.

Kontakt: Harald Schumann, Hauptstr. 155 1000 Berlin 62 Tel.: 781 86 32

Nächste BBU-Mitgliederversammlung ist am 9., 10., 11. März 79 in der Alten Burg in Gorleben.

„MIT DER NUKLEAREN OPTION IST ES AUS..."

LEMGO 6. Februar *Ein ID-Leser hat sich die „VDI-Nachrichten" (VDI = Verband Deutscher Ingenieure) genauer angesehen. In dem von ihm hier wiedergegebenen Artikel geht es um die Zukunft der US-Atompolitik.*

Der Bericht „Gefahren und Nutzen nicht im Gleichgewicht" in den VDI-Nachrichten Nr. 5 vom 2.2.79 beschreibt zunächst die Einstellung der Bevölkerung zur Atomenergie in verschiedenen europäischen Ländern und kommt dann zu den Schwierigkeiten, die die Atomindustrie in den Vereinigten Staaten hat. So gebe es dort Probleme mit neuen Genehmigungen und es fehlen dort wie hier plausible Lösungen für den Brennstoffkreislauf.

Einige Staaten wie Illinois und New York beabsichtigen eine Klage, mit der erreicht werden soll, daß der Transport von Plutonium und hochangereicherten Uran über ihre Staatsgebiete verboten werden soll. Für die Endlagerung von Atommüll werden erst noch Lösungen gesucht, der Atommüll soll auch dort in Salzgestein gelagert werden (eine Lösung, die in den USA schon abgeschrieben war); mit der Durchsetzung eines Endlagerprogrammes wird mit wesentlich größeren Schwierigkeiten gerechnet als noch vor zehn Jahren.

Für die Misere der amerikanischen Atomindustrie werden jedoch zwei Gründe besonders hervorgehoben: zum einen werden in der 96. Legislaturperiode des amerikanischen Kongresses in den entscheidenden Ausschüssen die Abgeordneten nicht mehr sitzen, die sonst das Atomprogramm vorangetrieben haben. Der Hauptgrund bestände aber in der Unwirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke. Im Vergleich zu Kohlekraftwerken arbeiten die AKWs nur unter günstigen Randbedingungen zu annehmbaren Kosten. Bei realer Betrachtung haben die fossilen Anlagen einen deutlichen Kostenvorteil. Seit 1969 sind die Baukosten für Kernkraftwerke wie auch für fossil betriebene Anlagen um den Faktor sieben angestiegen, wobei 78% auf das Konto gestiegener Genehmigungsanforderungen gingen. Die künftigen Anforderungen an Atomkraftwerke, wie seismische Anforderungen z.B., seien nicht überschaubar.

So sind denn 1978 nur zwei neue Anlagen bestellt worden; auch für 1979 werden nur zwei Bestellungen erwartet. Ein Vertreter der amerikanischen Betreibergesellschaft Consumers Power kommentierte die Situation wie folgt: „Mit der nuklearen Option ist es aus, das steht außer jeder Frage."

Ein Bericht des Massachusetts Institute of Technology sieht bei den Schwankungen in den Genehmigungsanforderungen, der Unvorhersehbarkeit der Regierungspolitik und der Schwierigkeit, für neue Anlagen eine Finanzierung zu erhalten, den Zusammenbruch der kerntechnischen Industrie kommen.

Die internationale Energieagentur in Paris errechnet auch für andere Länder einen Kostenvorteil für fossil betriebene Kraftwerke, so für Großbritannien und für Holland, wo der Unterschied bereits zehn Prozent ausmachen soll. Nur für die Bundesrepublik soll dies ausgerechnet nicht gelten. Aber bei den vielen Subventionen und Zuschüssen hat wohl noch keiner eine reale Berechnung aufgestellt.

Dazu die Information aus dem „Stern" vom 8.2.79: Die US-Regierung hat den Rasmussen-Report zurückgezogen. Der Report bildete die Grundlage für die Sicherheits-Argumente der Kraftwerksbetreiber. Der Report enthielt unter anderem die Spielchen mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung, nach denen ein grosser Unfall in einem Atomkraftwerk so unwahrscheinlich sein sollte, wie das uns der Himmel auf den Kopf fallen würde. Der Report ist jetzt also offiziell zurückgezogen worden.

Die Pyramiden der Pharaone

LÜCHOW-DANNENBERG/HAMBU

DANNENBERG
KLEIN-GUSBORN
GROSS-GUSBORN
DDR
NEBENSTEDT
SPLIETAU
GRIPPEL
ELBE
SCHAAFHAUSEN
LAASE
MEETSCHOW
GORLEBEN
JAMELN
GEDELITZ
WEITSCHE
KARLEBEN
GARTOW
PANNECKE
LIEPE
GRABOW
RANZAU
TREBEL
KIRCHSCHE
LANDWIRTSCHAFTL. PROBLEMGEBIET
TOBRINGEN
VORHANDENE STRASSEN
EISENBAHNLINIEN
LÜCHOW
KLEIN-BREESE
WOLTERSDORF
4 3 2 1 0 km

(Verkehrsinfrastruktur im Kreis Lüchow-Dannenberg heute. Die gepunktete Fläche „Landwirtschaftliches Problemgebiet" bedeutet, daß in diesem Bereich die Landwirtschaft unmittelbar gefährdet ist durch Grundwasserabsenkungen, die wegen der beabsichtigten Baumaßnahmen notwendig sind.)

Es geht in Gorleben um mehr als nur um den Bau einer unterirdischen Atommüll-Deponie, von der man nichts sieht, nichts hört und nichts riecht. Geplant ist der größte Industrieneubau in Europas Geschichte. Die Pyramiden der Pharaonen wären ein Klacks dagegen.

Während das Müllbergwerk im Salzstock immerhin schon mit anderthalb Milliarden Mark veranschlagt wird, kommt die DWK für ihre Werksanlagen über Tage auf Bau- und Nebenkosten von weiteren zehn Milliarden Mark. Nie zuvor ist eine solche Summe auf einen Schlag für ein einziges Industrieobjekt verplant worden.

Die Lebensdauer der Anlagen beträgt höchstens 25 Jahre, in einigen Bereichen nur sieben Jahre. Danach müssen die Fabrikteile entseucht und zum Teil ebenfalls „eingelagert" werden.

Die Anlagen werden aus gewaltigen, bis zu 60 Meter hohen Betonbunkern bestehen.

Allein das Brennelement-Eingangslager wird so groß, daß das größte Haus des Landkreises schon im Keller dieses 40 Meter hohen Bunkers verschwinden würde. August Quis, Baudirektor des Landkreises Lüchow-Dannenberg: „Den Zeichnungen entnehmen wir Innenwandstärken von drei Metern. Das ist technisch fast nicht machbar. Und die Reaktorsicherheits-Kommission fordert noch Sicherheitszuschläge. Stellen Sie sich das mal im Volumen vor — das ist der helle Wahnsinn!"

Es gibt Fachleute, die bezweifeln, daß der weiche Elbniederungsboden die Betonmassen überhaupt trägt. Quis gehört zu ihnen. Seinem Oberkreisdirektor schrieb er einen Brief: „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein Akt menschlicher Hybris vorliegt, dessen Scheitern genauso vorherzuberechnen ist, wie etwa das Scheitern des Rußlandfeldzuges 1941 vorauszusehen war."

Salzhalden werden die Riesenbunker noch überragen. Der unverkäufliche Abraum aus den Untertage-Bauten wird jedes Jahr ein Fußballfeld turmhoch füllen — und zwar jedes Jahr ein neues. Die Halden lassen sich nicht einmal bepflanzen, weil aufgetragene Muttererde sofort versalzt.

(aus: STERN, 8.2.79)



...n waren ein Klacks dagegen.

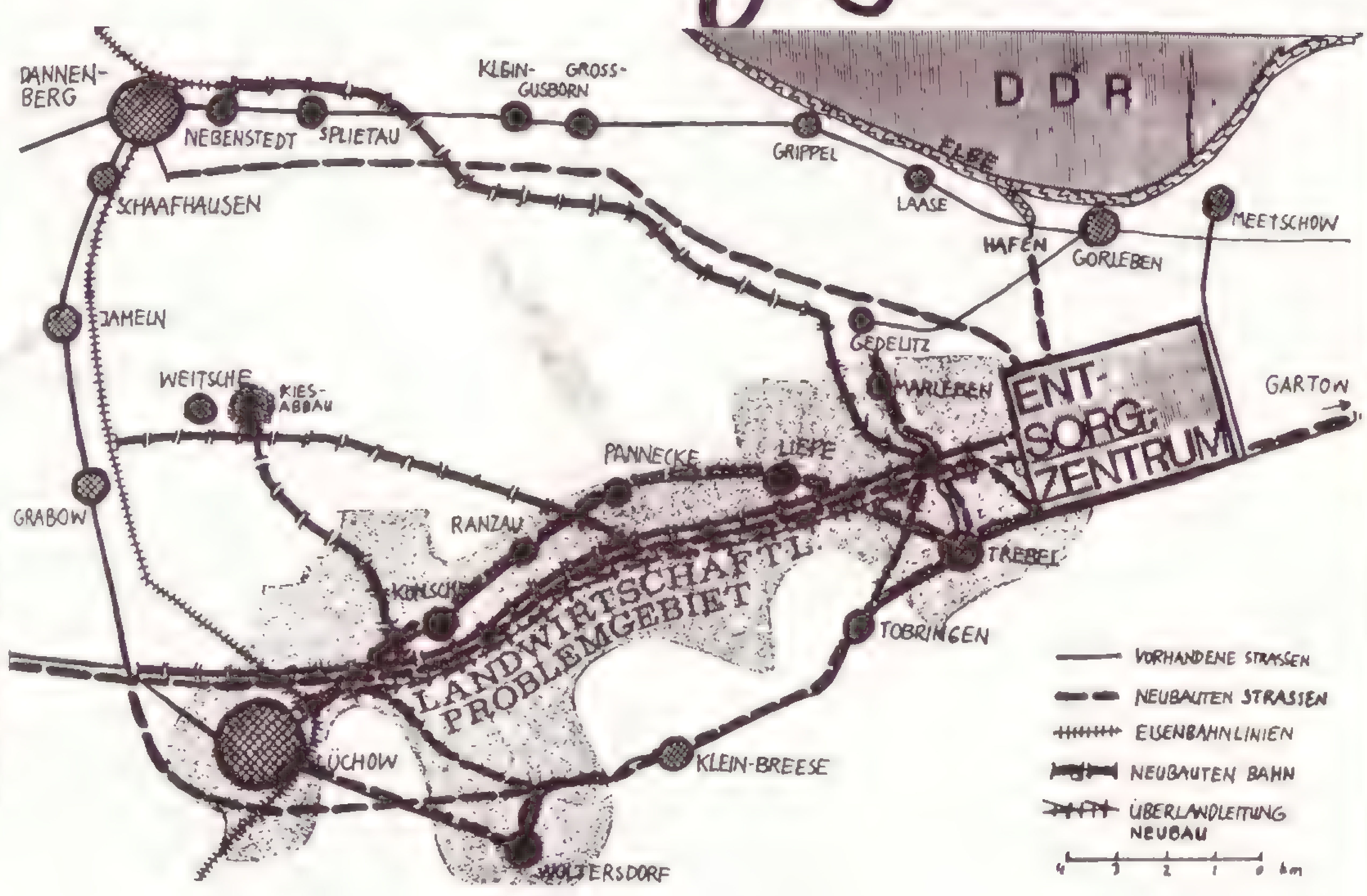
...URG/GÖTTINGEN, 19. Februar 1979

(Geplante Verkehrs-Infrastruktur

PS: Das Landesverwaltungsgericht in Lüneburg hält den Spielplatz in 'Gorleben' für eine Störung des Landschaftsbildes. Der Platz liegt etwa da, wo auf der Skizze nebenan das 'T' aus -Zentrum auf die Straße Trebel-Gartow stößt.)

Zwar: Der Zuwachs an Verkehr wie die Zahl der Zuzügler hält sich im Rahmen nahezu jeder Neuansiedlung von Großbetrieben und gehört in Ballungsgebieten längst zur Dauerbelastung der Bürger. Auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg aber, wo derzeit gerade 42 Einwohner auf den Quadratkilometer kommen, wo Wald, Wiesen und Dorfidylle Menschen wie Umwelt prägen, wird es sich auswirken wie der Aufbruch von der Ackerscholle ins Atomzeitalter.

(aus: SPIEGEL, 12.2.79)



TRECKERDEMONSTRATION IN GARTOW

Der folgende Bericht stammt von einem Mitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg:

Am 7.2.79 tagte in Gartow der Forschungsausschuß des Bundestages gemeinsam mit der Gorleben-Kommission und Vertretern der Niedersächsischen Landesregierung. Während die Politiker hinter verschlossenen Türen tagten, formierten sich in Gartow rund 140 Landwirte mit ihren Treckern zu einer Protestfahrt. Die Fahrzeuge waren mit Sprüchen versehen, wie „Wir fühlen uns verraten von Politik und Technokraten", oder „Gestern Gaskammern – morgen Atomstaat". Am Nachmittag wurde dann die 'Öffentlichkeit' – auf zehn Teilnehmer begrenzt! – eingeladen. Eh sich die Veranstalter versahen, war der Saal aber schon mit 60 bis 70 Einheimischen gefüllt – und sie mußten das zähneknirschend hinnehmen. Es blieb nicht die einzige Überraschung des Nachmittags. Herr Dr. Probst, Bonn, forderte alle Anwesenden auf, vor jeder Stellungnahme anzugeben, wie lange der Betreffende schon im Landkreis wohne und ob mit erstem oder zweitem Wohnsitz. Man kann Herrn Probst wohl unterstellen, daß er damit Proteste als von 'Chaoten' und 'Zweitwohnsitzlern' stammend darstellen wollte. Aber der Schuß ging nach hinten los, denn die überwiegende Mehrheit der Anwesenden wohnte bereits seit 100, 200, 300 – ja bis zu 600 Jahren im Landkreis; sie waren von Beruf Landwirte, Bäcker, Uhrmacher, Fischer, Lehrer. So wurde durch diesen mißlungenen Trick umso mehr deutlich, in wie starkem Maße der Widerstand gegen 'Gorleben' von der einheimischen Bevölkerung getragen wird!!

Anmerkung: MdB Dr.Probst kommt aus Garching bei München, Bayern. Verwandtschaftliche Beziehungen zum Kreis Lüchow-Dannenberg sind nicht bekannt.

Die Bauern überreichten eine Protestresolution:

RESOLUTION

Wir Bauern sind heute hier zusammengekommen, weil wir nicht wollen, daß in unserem Landkreis (und anderswo!) die mit unglaublichen Risiken verbundene Atomindustrie verwirklicht wird. Unerschütterlich werden wir protestieren, weil es keine nukleare Sicherheit gibt ! Weltweit halten fast alle unabhängigen Wissenschafter den Betrieb von Kernkraftwerken , Wiederaufbereitungsanlagen sowie die Endlagerung aus Sicherheitsgründen für unverantwortlich. Wir verstehen die Arroganz der Politiker nicht, die sich rigoros über alle Bedenken hinwegsetzen. Um nicht mitschuldig zu werden, demonstrieren wir heute unseren Widerstand gegen die lebensgefährdende Atomenergie.

Uns Landwirten gehen durch den Bau der WAA (Wiederaufarbeitungsanlge) und ihre Versorgungseinrichtungen über 1ooo ha land-und forstwirtschaftliche Nutzfläche verloren. Das ist die Existenzgrundlage von mindestens 2o mittleren Betrieben. Weiterhin drohen uns unzumutbare Belastungen durch: Flächenzerschneidung, autobahnartiges Verkehrsaufkommen, Grundwasserabsenkungen und der sichere Rufmord unser landwirtschaftlichen Produkte.

Ferner befürchten wir eine starke Einschränkung unser natürlichen Freiheit durch das außerordentliche Sicherheitsbedürfnis kerntechnischer Anlagen.
Nicht zuletzt wird hier eine der schönstens Naturlandschaften Deutschlands unwiederbringlich zerstört.
Aus diesen und noch vielen anderen Gründen wehren wir Landwirte, sowie die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg, uns bis zuletzt und mit aller Kraft gegen den Bau dieser S o r g e n a n l a g e !

Wir fordern daher:

Stopp der Atomenergie, solange es keine 1oo%ige Sicherheit gibt.
Verstärkt geförderte Nutzbarmachung alternativer Energiequellen wie Sonne, Wind, Biogas usw.
Energie und Rohstoffeinsparungen durch Rückgewinnung (Recycling).

Die betroffenen Landwirte des Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Gartow-Gorleben, 7.2.1979

Neben dieser Protestresolution, die Herrn Dr. Probst überreicht wurde, kündigten die Landwirte einen TRECK NACH HANNOVER unter dem Motto an: „Herr Albrecht, wir kommen!"

KOMMT FRIEDLICH --- BRINGT BLUMEN MIT !!

Resolution zum TRECK NACH HANNOVER.

Motto: Herr Albrecht, wir kommen !

In den letzten Monaten sind bei uns im Landkreis entscheidende Veränderungen vor sich gegangen. Waren wir bisher ein friedlicher, verträumter Kreis - so steht vor uns eine Zukunft geprägt durch:

- immer mehr Polizei
- immer mehr Bundesgrenzschutz
- immer mehr Überwachung der Bevölkerung
- immer mehr Absperrungen
- immer mehr Einschüchterung und Verängstigung der Bevölkerung
- immer mehr Lärm und Zerstörung unserer alten Strukturen.

ALL DAS WOLLEN WIR NICHT - WIR WOLLEN UNSEREN LANDKREIS ERHALTEN !

Die Pläne für die Atomfabrik bedeuten eine

VERTREIBUNG AUS UNSERER HEIMAT !

Und weil wir uns nicht aus unserer Heimat vertreiben lassen, werden wir unseren Protest in einem TRECK NACH HANNOVER zum Ausdruck bringen. Und da Herr Albrecht nicht zu uns gekommen ist und uns nicht informiert hat, rufen wir ihm jetzt zu: " Herr Albrecht, WIR KOMMEN ! " Wir werden vom geplanten Standort bis nach Hannover zu Fuß gehen, begleitet von Schleppern, Pferdewagen, Leiterwagen, wir nehmen unsere Verpflegung mit - und wir werden allen deutlich machen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Atomanlage ist. Herr Dr. Albrecht hat ja betont, daß er gegen den Willen der Bevölkerung die Anlage nicht bauen wird.

Diesen Treck, der wohl im März stattfinden wird, führen wir zusammen mit der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg durch. Bis zur Kreisgrenze wollen wir nur mit Einwohnern unseres Landkreises marschieren, ab Kreisgrenze fordern wir alle Atomgegner auf, mit uns gemeinsam zu gehen oder aber einen eigenen Treck zu machen und sich mit uns in Hannover zu treffen. Um unsere Friedlichkeit deutlich zu machen, bitten wir schon jetzt alle Atomkraftgegner, uns in Hannover mit Blumen zu empfangen. Hannover sollte ein Blumenmeer sein.

Die Blume als Symbol für das Leben - denn wir wollen das Leben erhalten, hier im Landkreis und auch anderswo.

Darum: Herr Albrecht, wir kommen !

KOMMT FRIEDLICH --- BRINGT BLUMEN MIT !!

Gartow-Gorleben, 7.2.1979

Der Treck soll zeitlich zusammenfallen mit dem sogenannten Gorleben-Hearing in Hannover, auf dem kritische Wissenschaftler aus dem In- und Ausland ihre Gutachten vorstellen. Herr Albrecht hat mehrfach betont, daß er sich von diesem Hearing Entscheidungshilfe erhofft. Da an der Ernsthaftigkeit dieser Aussage allerdings schwerste Zweifel bestehen, haben die Landwirte beschlossen, ihren Protest deutlich sichtbar nach Hannover zu bringen.

aus: Göttinger Tageblatt vom 10./11.2.79:

„Ende dieses Monats veranstaltet die niedersächsische Landesregierung ein wissenschaftliches Symposium, das ihr als Entscheidungshilfe dienen soll, ob hochradioaktiver Müll im Salz bei Gorleben gelagert werden kann. Ohne über große prophetische Gaben zu verfügen, kann man jetzt schon sagen, daß die Regierung aus dem Hearing überwiegend positive Argumente heraushören wird. Mehr noch: die Entscheidung dürfte — wie es im Sinne der Bundesregierung ist — gefallen sein....

Interview des Göttinger Tageblattes mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht:

GT: *Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Westberlin nur einen Hochschullehrer, der sich als international anerkannter Experte mit Problemen der Endlagerung in Salzdiapieren beschäftigt...*

A: ... und der möchte auch sehr gern einen Auftrag für ein Gutachten von uns haben...

GT: *... es handelt sich um den Göttinger Professor Dr. Albert Herrmann, der ohne Auftrag ein Gutachten über das geplante deutsche Konzept angefertigt und Ihnen davon die Nummer eins zugeschickt hat. Warum wurde Professor Herrmann nicht zum Hearing nach Hannover eingeladen?*

A: Weil wir uns im Augenblick gar nicht damit beschäftigen. Es ist eigentlich eher die Frage, ob grundsätzlich in Salzstöcken solche Materialien eingelagert werden können. Wissen Sie, wir sind nicht dazu da, Sie sind nicht dazu da, ich bin nicht dazu da, uns nur um einen bestimmten Professor zu kümmern, insbesondere wo es ja um viel Geld geht, bei solchen Aufträgen, das müssen wir also schon der Entwicklung überlassen.

GT: *Sie kennen das Gutachten von Professor Herrmann?*

A: Er hat's mir zugeschickt, ich kann nicht behaupten, daß ich es gelesen habe, das will ich auch nicht.

GT: *Professor Herrmann kommt in seinem Gutachten zu der Feststellung, daß die geplanten Sicherheitsvorkehrungen für die Endlagerung auch nach Ansicht führender australischer und amerikanischer Experten nicht ausreichen und daß niemand über einen so langen Zeitraum von bis zu einer Million Jahre Sicherheitsgarantien abgeben kann.*

...

Ob die Landesregierung mit dem Hearing wirklich ein gutes Verfahren zur Meinungsbildung entdeckt hat, bleibt dahingestellt. Wenn nach ihrer Meinung Wissenschaftler eh nur nach dem großen Geld streben, woher will man wissen, daß die eingeladenen Experten da die Ausnahme sind? "

Der etwa einwöchige Treck ist so geplant, daß sich breite Bevölkerungsschichten damit identifizieren können. Wir werden zu Fuß, mit Treckern und Leiterwagen, mit viel Musik und zahlreichen Informationsveranstaltungen durch den Landkreis und dann über Uelzen und Celle nach Hannover ziehen, wo am 31.3. 79 eine Großaktion stattfinden soll.

Alle Atomkraftgegner sind aufgerufen, sich an diesem Treck zu beteiligen. Es sind nur noch sechs Wochen bis zum Beginn des Marsches und die Vorbereitungsarbeit ist nur zu schaffen, wenn wir sofort damit beginnen. Wir bitten, in allen BIs zu diskutieren, in welcher Form dieser Treck unterstützt wird — entweder schon unterwegs oder zum Abschluß in Hannover.

Vom 17.2.79 an findet jeden Samstag in der Alten Burg in Gorleben ab 15 Uhr ein Vorbereitungstreffen statt! Bitte kommt und helft uns — ganz besonders aus den Gebieten Uelzen und Celle.
Unter der **Tel.Nr. 05822 / 469** (Alte Burg) kann man jeden Samstagnachmittag den Stand der Planung erfahren.

PRESSEERKLÄRUNG
des 2.Bundesdeutschen Arbeitstreffen der Bürgerinitiativen in Braunschweig vom 10./11.Februar

Die Atomkraftgegner in der Bundesrepublik sind entschlossen, den Bau der Atommüllfabrik und Wideraufbereitungsanlage in Gorleben zu verhindern. Das ist das wesentliche Ergebnis des bundesweiten Arbeitstreffens, das am 10. und 11.Februar in Braunschweig stattfand. Die 1300 Vertreter der Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich in einer zweitägigen Beratung auf folgendes Vorgehen geeinigt:

Das bundesweite Arbeitstreffen aller AKW-Gegner begrüßt den Willen vieler Bürgerinitiativen, am Tag des Bohrbeginns und in den Tagen danach überall in der Bundesrepublik vielfältige Aktionen ohne Beschränkung der Form gegen das Atomprogramm und insbesondere gegen die geplante Atommüllfabrik in Gorleben durchzuführen.

Das Arbeitstreffen begrüßt, daß die Landwirte um Gorleben einen eigenständigen Widerstand entwickeln, den sie unter anderem auch in einem Marsch auf Hannover (voraussichtlich am 31. März) zum Ausdruck bringen wollen.
Wir freuen uns, daß wir aufgefordert sind, uns an diesem Treck zu beteiligen. Wir schlagen vor, ein gemeinsames Treffen zwischen Veranstaltern des Trecks und Vertretern der Bürgerinitiativen (Ort + Zeit im Büro der BI Lüchow-Dannenberg zu erfahren) durchzuführen, um Form und Inhalt dieser Beteiligung zu besprechen. Der Treck von Gorleben nach Hannover wird bundesweit unterstützt. Eine spätere Großdemonstration wird durch diesen Treck nicht in Frage gestellt. Wir sehen die geplante Treckerdemonstration nach Hannover als notwendigen und wichtigen Schritt auch im Hinblick auf die Kriminalisierung und fordern die Veranstalter auf, den Kampf gegen die Prozesse gegen AKW-Gegner und die Schadensersatzklagen in den Inhalt dieser Demonstration miteinzubeziehen.

Das bundesweite Arbeitstreffen hält es für politisch richtig und notwendig, in diesem Jahr eine Großdemonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage, möglichst in Gorleben durchzuführen. Es wird eine Vorbereitungsgruppe gebildet, die Vorschläge über Zeit, Ort und Form der Großdemonstration entwickelt und in einer solidarischen Diskussion unter allen Bürgerinitiativen eine größtmögliche Einigkeit erzielt. Diese Vorschläge der Vorbereitungsgruppe werden, wenn möglich, auf der Treckerdemo in Hannover vorgestellt und an alle Bürgerinitiativen verschickt, damit überall in der Bundesrepublik diese Vorschläge diskutiert werden können. Am 5.Mai wird in Göttingen ein erneutes bundesweites Treffen stattfinden, auf dem die Vorschläge beraten und Einigkeit über die Großdemonstration erzielt wird. Die Vorbereitungsgruppe ist öffentlich und hat als Ausgangsbasis das Bürgerinitiativtreffen anläßlich der Treckerdemonstration in Hannover.

Unser Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben oder allgemein gegen das Atomprogramm steht in engem Zusammenhang mit der Zurückweisung des Versuchs der Regierung, Atomkraftgegner zu kriminalisieren, strafrechtlich zu verfolgen oder durch finanzielle Forderungen zu ruinieren.
Deshalb fordern wir:
Einstellung aller Strafverfolgungen
Rücknahme aller Zahlungsbescheide
Annullierung aller Urteile gegen Atomkraftgegner

Bericht über das Arbeitstreffen in Braunschweig am 10. und 11. Februar 1979

Von Teilnehmern aus Göttingen:

Nach einem Jahr fand am 10. und 11.2. in Braunschweig das 2. große Arbeitstreffen der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung statt. Es kamen etwa 1300 Leute von über 200 BIs. Das Treffen war hervorragend organisiert. Dieser Bericht ist als Zusatz zu der Presseerklärung zu verstehen. Er erhebt nicht den Anspruch auf Objektivität.

Das Anfangsplenum begann für viele mit einer Überraschung. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg berichtete aus dem Landkreis von der Treckerdemonstration der Bauern und zwei Bauernvertreter stellten den Treck nach Hannover vor. Anläßlich des geplanten Gorleben-Wissenschaftler-Hearings Ende März/Anfang April soll ein Fußmarsch mit begleitenden Fahrzeugen von Lüchow-Dannenberg aus unternommen werden. Er steht unter dem Motto: Albrecht, wir kommen! Die Bauern wollen damit zeigen, was ihre Konsequenz wäre, wenn der Landkreis Lüchow-Dannenberg zum Atomkreis mit Wachtürmen, Drahtverhauen und ähnlichen Einrichtungen werden sollte, die zu den schon existierenden Einrichtungen auf der DDR-Seite gut passen würden.

Im Anschluß an diese Vorstellung teilte sich das Plenum in Arbeitsgruppen auf. An der AG Widerstand wollten mehrere Hundert teilnehmen. Daraufhin wurde sie in mehrere Untergruppen aufgeteilt. Einzelthemen: -Widerstand allgemein, -Gewaltfrage, -Großdemonstration, -Phantasiegruppe (Entwicklung neuer Aktionsformen), -Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, -Volksbefragung in Nordrhein-Westfalen (GLU-Vorschlag).

In den anderen Arbeitsgruppen sollte über Betreiberstrategien, Informations- und Organisationsstrukturen, Einschätzung der Bewegung, Kriminalisierung, Unterelbeindustrialisierung, Bedeutung des Projektes Gorleben, Gewerkschaftsarbeit und Kultur im Anti-AKW-Kampf diskutiert werden.

Am Sonntag, kurz nach 10.oo Uhr begann das große Plenum. Hintereinander wurden alle AG-Berichte vorgetragen. Allgemein ist festzustellen, daß keine spektakulären Ergebnisse berichtet wurden. Häufig sind sogar die entscheidenden Fragen überhaupt nicht angesprochen worden. Ein Beispiel ist die Gruppe Betreiberstrategie. Wie im Landkreis Lüchow-Dannenberg die Atommafia mit schleichendem Baubeginn, mit Zuckerbrot und Peitsche operiert oder wie das Verhältnis von Gorleben zu den verschiedenen Zwischenlagerprojekten ist, all das kam im Bericht nicht vor. Ganz zu schweigen von den daraus sich ergebenden Bedingungen unseres Widerstandes. Gorleben als unseren zentralen Ansatzpunkt für Großdemonstrationen etc. anzusehen, hätte bei realistischer Betrachtung der Durchsetzungsstrategien eventuell überdacht werden müssen. Zu diesen wichtigen Diskussionen kam es nicht.

Die Arbeitsgruppen über Informations- und Organisationsstrukturen schlägt ein verbessertes Infonetz der Bürgerinitiativen vor. Störfälle und andere wichtige Ereignisse sollen über Multiplikatorgruppen in die Regionen gelangen.
Die Arbeitsgruppe Kriminalisierung stellte die jetzt einsetzende Verknastung der Grohnde-Angeklagten und die



Drohung durch die Zahlungsbescheide dar. Sie forderte, daß auch der Treck nach Hannover dieses Problem in seine Forderung mit einbezieht.

Regionale Demonstrationen, die in einigen Orten vorbereitet werden, wurden vorgestellt. Ein oder zwei Wochen nach Baubeginn sollen in Offenbach bei der KWU, in Landshut und in Brokdorf Protestdemonstrationen stattfinden.

In der Diskussion über den Treck wurde der Vorschlag der Bauern mehrheitlich unterstützt, obgleich es dafür wohl unterschiedliche Motive gibt. (Der KBW z.B. folgte der bäuerlichen Avantgarde.)

Ein anderer Kritikpunkt war der Charakter, der einigen nicht behagte. Sie wollten ein gemeinsames Vorbereitungstreffen der Bauern der Bewegung initieren, weil das Stichwort ‚Blumen' und die Ablehnung von Roten Fahnen durch die Bauern von ihnen in Frage gestellt wurden. Die Art und Weise der Unterstützung sollte dort disktutiert werden.

Ein weiterer Vorschlag war: von anderen Orten kleinere Teiltrecks zu starten, die zu dem Haupttreck zustoßen und/oder direkt sternförmig nach Hannover gehen.
Die Diskussion über die Großdemonstration wurde sehr ausführlich geführt. Als Ort wurde Bonn oder Gorleben vorgeschlagen. Als möglicher Zeitpunkt kam ab uns zu auch der Pfingstdemonstrationstag in ganz Europa ins Gespräch. Es blieb jedoch bei der Diskussion von Ort und Zeit, während die Diskussion von Form und Inhalt einer möglichen Großdemonstration weitaus zu kurz kam. Dagegen wurde nur grundsätzlich über die Wichtigkeit von Großdemonstrationen geredet, „weil wir an diesem Mittel festhalten müssen."

... und Anmerkungen zum Treffen

Zum Treffen der Anti-AKW-Bürgerinitiativen in Braunschweig am 10./11.Februar:
Der Beifall wollte kein Ende nehmen, so begeistert waren die Leute — und auch ich — von dem Abschluß des Treffens, nämlich der Presseerklärung und der Einigkeit die sich darin widerspiegelt.
Erst hinterher fiel mir auf, daß Ahaus und Asse, die derzeit brennendsten Probleme der Atomindustrie, da garnicht mehr erwähnt wurden. Und dies, obwohl sich doch gerade hier zur Zeit die Möglichkeit bietet, das Atomprogramm ganz konkret zu stoppen, durch fehlende Zwischenlagerungsmöglichkeiten die Stillegung von Atomkraftwerken zu erzwingen. Auch in Ohu und Biblis z.B. wo jetzt die sogenannte „Kompaktlagerung" über Zwischenlagerungskapazitätsengpässe hinweghelfen soll. Sollen die örtlichen Bürgerinitiativen den Kampf dort etwa alleine führen?
Ist die Zwischenlagerung oder auch die „Versuchs"-Endlagerung in Asse nicht genauso ein zentraler Punkt wie die WAA in Gorleben, nur viel aktueller und brennender? Die Meinung aus der Arbeitsgruppe „Bedeutung des Projekts Gorleben" hierzu, daß nämlich ein eventuell kleineres Atomprogramm bei fehlender Brütertechnologie (noch ist Kalkar aber keineswegs gestorben!) auch ohne eine WAA abgewickelt werden könnte, hat sich leider in der Presseerklärung nicht niedergeschlagen.
Aber die Diskussion wird wohl jetzt erst mal richtig in Schwung kommen und dabei können ja alle Bürgerinitiativen mal überlegen, ob und wie sie den Kampf der örtlichen Bürgerinitiativen in Arhaus und anderswo unterstützen können. Gehen wir deshalb gemeinsam Ende März nach Hannover und am 5.5. nach Göttingen und bringen Gedanken und Ideen auch zu diesem Problem mit, damit uns dieser Ansatz nicht verlorengeht und unser Widerstand gegen die Atommaffia nicht zu eingleisig wird.

Horst aus Berlin

GANZES SEMESTER BESTREIKT KLAUSUR– VIEREN WIRD JETZT DER PROZEß GEMACHT

FRANKFURT 19. Februar *Im WS 76/77 sollte im 1. Semester am FB Medizin eine Klausur in Medizinischer Terminologie eingeführt werden. Das ganze Semester wehrte sich gegen diese Verschärfung, weil dieses Fach, das die „Geheimsprache" der Ärzte vermitteln soll, extrem unkritisch und patientenfeindlich ist. Nachdem die Klausur zweimal erfolgreich boykottiert wurde, sollte sie während der Semesterferien im „Schutz" einer Hundertschaft Polizei geschrieben werden. Es kam zu Auseinandersetzungen, bei denen einige Studenten willkürlich herausgegriffen wurden. Vier bekamen Anklagen wegen Hausfriedensbruch, Nötigung, Körperverletzung und Widerstand. Seit Anfang Januar stehen sie vor Gericht. Bis zum 6. Verhandlungstag (14. Februar) hat sich folgendes ereignet:*



Der Antrag auf Verpflichtung der Verteidiger und damit deren Bezahlung aus der Staatskasse wurde vom Gericht unter Vorsitz des Richters Scheimann („Die Zeit der kleinen Geldstrafen ist vorbei") abgelehnt. Er meinte, die Angeklagten könnten sich selbst verteidigen, obwohl er selbst das Verfahren „wegen des großen Umfanges" vor das Landgericht bringen wollte. Die Angeklagten gaben Erklärungen ab, in denen sie das Vorgehen gegen Studienverschärfungen begründeten, gerade in einem Fach wie Medizin, wo jeder als potentieller Patient einer besseren, d.h. patientengerechten Ausbildung interessiert sein müßte. Als eine der Angeklagten die schlechte Ausbildung mit den Kostendämpfungsgesetzen in Verbindung brachte, wurde sie vom Staatsanwalt strafbarer Handlungen bezichtigt (Verunglimpfung u.ä.). Jetzt droht ihr deswegen eine weitere Anklage.

Als erster Zeuge wurde Professor Winkelmann gehört. Er mußte zugeben, daß der Boykott keine Sache einzelner war, sondern daß der größte Teil der Studenten dahinter stand. Er berichtete auch über die vorzügliche Zusammenarbeit der Präsidenten von Polizei und Universität, die sich zusammen mit Profs und Einsatzleitern vor dem Polizeieinsatz im Polizeipräsidium zu einer „technischen Besprechung" trafen. Er machte auch deutlich, daß er als Prof über die Lage der Studenten nichts wisse, und auf die Frage, ob er den Polizei-

einsatz für richtig hielte, antwortete er: „Darüber habe ich mir keine Gedanken gemacht." Es gibt ihn noch, den Elfenbeinturm!

Als nächster trat der neue Unipräsident Kelm auf, der damals für den „technischen Ablauf von Seiten der Universität" verantwortlich war. Wie sich's für ihn gehört, fand er nichts dabei, daß Klausuren auf diese Weise durchgesetzt werden. Auf den zunehmenden Leistungsdruck angesprochen, meinte er, daß man ein Studium mit Intelligenz, Disziplin und der richtigen Einstellung in kürzester Zeit schaffen könne. Ihm fehlt dies offensichtlich, denn, wie sich später herausstellte, studierte er fast 30 Semester!

Die weitere Vernehmung von Studenten und Polizisten brachte keine Beweise für die Anklage der Nötigung und des Hausfriedensbruches, sodaß diese Punkte eingestellt werden mußten. Ein Angeklagter konnte daraufhin die Anklagebank verlassen. Die anderen drei sitzen weiter da und mußten sich in den letzten Tagen die Aussagen verschiedener Polizisten anhören. Daß sie sich dauernd in Widersprüche verwickeln, ist ja noch ganz lustig. Nicht aber die Art, als was Studenten von der Polizei angesehen werden. Das sind „natürlich immer die selben renitenten Typen", und es ist kein Zufall, wenn jetzt schon der dritte Polizist immer wieder davon redet, daß man „sie die Treppen herunter getrieben hat", auch wenn sie der Vorsitzende ständig aufmerksam machte, daß das doch „abdrängen" heißt. Einer behauptete gar, daß er Störer von Schreibwilligen schon am Aussehen unterscheiden könne („Ich bin ja nicht blind").

Der Prozeß wird noch einige Wochen fortgesetzt, jeweils Mittwoch, 9.15 Uhr, Gerichtsgebäude C, Raum 255

Für die Stimmung im Saal ist es wichtig, daß auch weiterhin viele Zuschauer kommen, denn es hat sich gezeigt, daß das Gericht immer unverschämter reagiert, je geringer der Saal besetzt ist."

Kontakttelefon der Terminologie-Prozess-Initiative: 06085/2379

„... IMPULSE EINES REFLEKTIERTEN FEMINISMUS AUFNEHMEN"? !

BERLIN 19. Februar *Presseerklärung in Auszügen:*

Seit Februar 1978 arbeiten in Berlin Frauen aus der „alten und neuen" Frauenbewegung, aus Gewerkschaften, Parteien und Verbänden, organisierte und unorganisierte Frauen am Aufbau eines Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrums (FFBIZ). Anknüpfend an eine Tradition aus der Weimarer Zeit, in der es bereits einmal ein ähnliches Zentrum gegeben hat — das Haus steht noch — will die Initiativgruppe des FFBIZ ein Haus außerhalb der Universität errichten, das als Begegnungsstätte dienen soll. Hier wollen Frauen sich für sich und ihre praktische Arbeit in Beruf, Familie und Politik Projekte der Forschung, der Weiterbildung und der Information in enger Verbindung mit einer Bibliothek, einem Archiv und einer Dokumentationsstelle durchführen.

Die Initiativgruppe für ein FFBIZ hat frühzeitig und mehrfach in Presse Rundfunk, bei Frauen-Vollversammlungen an den Universitäten, bei den Parteien F.D.P. (Arbeitskreis Emanzipation) und SPD (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen), sowie beim Senator für Wissenschaft und Forschung, öffentlich über ihr Projekt informiert, um damit auch möglichst vielen betroffenen und interessierten Frauen die Gelegenheit zur Mitarbeit an Konzeption und Aufbau des FFBIZ zu geben.



Die Initiativgruppe hat sich ferner als Verein etabliert und in das Vereinsregister eintragen lassen. Sie hat Gespräche mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung über die Möglichkeit öffentlicher Förderung des Projektes aufgenommen und steckt voll in der Erarbeitung ihrer Projekte von Forschung und Bildung und Dokumentation.

Die F.D.P. hatte von Anfang an Interesse an dem Projekt bekundet. Sie war durch eine Delegierte bei den Arbeitstreffen der Initiativgruppe vertreten, hatte die Initiativgruppe zu einem Informationsabend in ihren Arbeitskreis Emanzipation eingeladen und die Durchführung eines Seminars zu dieser Thematik bei der Friedrich-Naumann-Stiftung vorgeschlagen. Wie die Initiativgruppe für ein FFBIZ Ende Dezember mit einiger Überraschung erfuhr, plant die F.D.P. nunmehr selbst die Errichtung einer Stifung aus öffentlichen Geldern, genannt Marie-Elisabeth-Lüders-Stiftung zur Gleichberechtigung der Frau. Die Stiftung soll Forschungs- und Bildungsprojekte zu dieser Thematik durchführen und dazu ein Haus haben, das als Begegnungsstätte für Frauengruppen und Organisationen dienen soll. Die Finanzierung dieser Stiftung aus



öffentlichen Geldern will die F.D.P. noch im Februar, auf jeden Fall noch vor den Wahlen beim Senat beantragen.

Die Initiativgruppe für ein FFBIZ hat deshalb beschlossen, sich nunmehr mit ihrem Protest und ihrer Kritik am Vorhaben der F.D.P. an die Öffentlichkeit zu wenden, nachdem Versuche, bei der F.D.P. eine Änderung ihrer Pläne zu erreichen, fehlgeschlagen sind. Das FFBIZ und andere autonome Frauenprojekte planen für alle interessierten Frauen eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung am Freitag, den 2. März 1979 von 19 bis 22 Uhr, Hörsaal 110 an der TU, Straße des 17. Juni.

Kontakt: FFBIZ e.V., Stresemannstr. 40, 1000 Berlin 61.



WERDET NOCH BESSER

HOFHEIM Ende Januar

Liebe IDler —
ich las gerade ‚bessert euch', den brief eines ehemaligen abonennten. hier mal ein paar zeilen, warum wir den id abonnieren, ihn trotz tageszeitung weiter abonnieren — ein bichen feed-back für euch:

wenn der id (so zwischen freitags und dienstags) kommt, dann gucke ich mal kurz rein, lese die überschriften und ein paar artikel. dann kommt der id — nicht, wie ihr vielleicht vermutet, in den papierkorb — sondern aufs klo und da lese ich dann die woche über den rest. aufgrund der verschlagenen seiten habe ich oft das gefühl, daß ihn dort auch noch andere leute lesen...

in der letzten zeit laufe ich mit nem schlechten gewissen herum, weil wir nie was für den id spenden — also offensichtlich ein zeichen, daß mir die existenz eures blattes irgendwie am herzen liegt. seitdem ich vor jahren aus berlin hierher in die provinz gezogen bin, fehlt es natürlich an den informellen kontakten (telefon haben wir nicht und so oft kommt nun auch nicht besuch) und da habe ich immer gekauft und abonniert, was den verlorenen zusammenhang wenigstens im kopf rekonstruieren sollte: ‚wir wollen alles', ‚langer marsch', usw. ob seiner beständigkeit verschafft nun gerade euer id mir seit jahren den bezug zur ‚scene', erhält ein bißchen meine identität, sorgt dafür, daß ich in diskussionen immer so optimistische standpunkte beziehe!

es wäre natürlich gemogelt zu schreiben, daß ich mich für alles im id interessiere bzw. daß ich alles lese:

die knastgeschichten überfliege ich (weil ich jahrelang knastarbeit gemacht habe).

die ewig aus den gleichen gründen scheiternden sponti-projekte stimmen mich traurig.

den superradikalen O-ton mancher kommandomeldungen finde ich zum kotzen.

manches finde ich dünn (persien), manches zu viel (russelltribunal), oft denke ich mir, ihr solltet kürzen, kürzen, kürzen: wenn ihr da mal wieder 1 — 2 seiten über die beschlagnahme einer zeitung im knast gemacht habt oder über die observierung von jemanden oder was weiß ich, dann denke ich mir, ihr solltet stattdessen mal ein paar kochrezepte aus ‚essen und trinken' raubdrucken oder größere bilder drucken. aber was soll's — mich stört das nur, wenn ich drüber nachdenke.

unheimlich gut gefällt mir eure tendenz zum id-feuilleton: diese geschichte über die pilze (obwohl ich den id auch schon wieder verbummelt habe und im sommer sicher keine pflücken werde), die bibliographie usw.

das schönste (in der letzten zeit) an was ich mich so erinnere: der bericht über die flaschen-aktion in hannover und euer kurzkommentar (‚siehe grundrisse...') über diese arbeitsbank.

macht mal weiter, nicht: ‚bessert euch' sondern: werdet noch besser !!!

liebe rote grüße — hw kruse

LESERBRIEF ZUR 'taz'

Oh leute, ihr könnt euch wahrscheinlich gar nicht vorstellen was für wiedersprüchliche feelings ich beim lesen der taz-artikel im id immer habe. von trauer bis wut, schmunzeln und mich freuen ist da alles drin.

mir geht es verdammt an die eierstöcke, wie wir uns (alle menschen aus der taz-bewegung) gegenseitig dumm anmachen. wie wir uns mit unsern eigenen machtansprüchen und konkurrenzdenken ständig zerfleischen. ob frankfurt oder berlin als zentrale, dieser ganze heckmeck, davon geht die welt nicht unter. ich will, daß die zeitung anläuft, meinen und unseren bedürfnissen entsprechend. auf so eine basis sollten wir uns endlich einigen. natürlich sind organisatorische auseinandersetzungen wichtig für uns, doch deucht mir, daß wir uns um keinen zoll mehr bewegen. inhaltliche und politische diskussionen sollen jetzt mehr denn je angeregt und bearbeitet werden.

die zeitungen, auch die letzte nullnummer sind fast zum wegwerfen, und deshalb sind mir im moment die bürgerlichen blätter fast noch lieber, als eine selbstzensierte taz. ich will keine angepaßte zeitung und zum großen teil war das einfach der fall. auch gehe ich davon aus, daß potentielle bild — neue frau — wochenend — quick und ähnliche leser sich von der taz nicht angesprochen fühlen. auch auf liberale schwätzer lege ich keinen wert mehr. ich will diese leute mit der taz auch nicht ansprechen, weil ich nicht mehr an sie glaube, meine bedürfnisse möchte ich befriedigt wissen, sie sind ähnlich den euren. ich habe auch keine hoffnung, daß die „arbeiter" in naher zukunft an ihrem denken was ändern. das der bereich aus der produktion & gewerkschaft noch zu wenig und qualitativ schlecht vertreten ist (in der taz) wissen wir, doch andere bereiche sind das auch (jugend, faschismus, alternative bereiche usw.). auch finde ich es bedauerlich wenn der streikabbruch der pariser bühnenarbeiter in der form zur sprache kommt (magazinteil, kurzmeldungen). auch wenns zu ehren von claire motte (wer ist das überhaupt? was ist die vermeil-medaille? warum und wieso? hätte ich das wissen müssen oder war das ein scherz?). kein abbruch von arbeitskampf ist prinzipiell gut. das ist nur ein beispiel der kritik aus der 4. nummer, andere könnten folgen. ich schlage vor, daß alle initiativen feste leser-treffs aufbauen (wie in tübingen). wo die zeitung gemeinsam diskutiert, besprochen und so weiter wird. die kritik sammeln und vor allen dingen bis nach berlin verbreiten. somit wird dann fest eingestellten redakteuren die erfahrung der leser zugänglich gemacht, die dann letzt endlich auf uns alle zurück fließt. damits wirklich eine gute zeitung für alle, von allen wird.

daß es in berlin beim letzten nationalen treffen nicht so toll war wissen wir, es hat auch dementsprechend wenig gebracht. aber seit ich weiß, daß weniger als die hälfte der festeingestellten redakteure nicht maschine schreiben kann, besuche ich einen schreibmaschinenkurs und ich muß sagen, ich bin auch ganz kräftig am üben. ich wünsche mir, daß die berliner „macher" zumindest die deutsche sprache beherrschen. was um gottes nicht willen macht ihr denn den ganzen tag?

liebe grüße bärbel schäfer, Münzgasse 13, 7400 Tübingen



AN ALLE PORTUGAL–FREUNDE

GÖTTINGEN 6.Februar Im Sommer 1978 waren wir für zwei Wochen in Portugal und haben im Alentejo eine Zeitlang auf der Kooperative „Estrela Negra" (Schwarzer Stern) gewohnt und mitgearbeitet. Einige Wochen nach unserer Rückkehr erfuhren wir, daß auch ihre Kooperative von den zahlreichen Reprivatisierungsmaßnahmen betroffen worden ist: bei einem brutalen Einsatz der Nationalgarde wurden die wichtigsten Gebäude und einige Ländereien von „Estrela Negra" dem ehemaligen Großgrundbesitzer zurückgegeben.
Auf unsere Fragen hin schickte ein Freund aus Lissabon nun folgenden Brief, aus dem wir die wichtigsten Stellen zur Einschätzung der Situation in Portugal - insbesondere auf den Koop's im Alentejo hier veröffentlichen möchten:

"Das Barreto-Gesetz wurde bereits vor vielen Monaten von der Nationalversammlung verabschiedet. Dies Gesetz stammt aus der Verantwortlichkeit der Sozialistischen Partei (PS). Sie hat es eingebracht und nur zwei Parteien haben dagegen gestimmt, nämlich die Kommunistische Partei (PC) und die Volksdemokratische Union (UDP). Es spricht den nach dem 25. April enteigneten Bodenbesitzern das Recht zu, einen Teil ihrer ehemaligen Ländereien zurückzuerhalten. Dieser Boden wird nach einem Punkte-System eingeordnet, das sowohl die Qualität des Bodens wie auch die der darauf befindlichen Kulturen erfaßt.

In der Praxis erreicht die durchschnittliche Größe des zurückgegebenen Landes - der "Reserve" -, etwa 300 Hektar, aber sie kann auch 500 oder sogar 700 ha erreichen. Dies bewegt sich im Rahmen eines gewissen Ausgleiches, den die Arbeiter ihrerseits akzeptierten. Dennoch, seit sie völlig das ‚Gesicht' der landwirtschaftlichen Produktion verändert haben, und seit sie in den Kooperativen organisiert sind, ist die Anwendung des Barreto-Gesetzes nichts anderes als der Beginn der Desorganisation der Produktion und der Beginn der Arbeitslosigkeit auf dem Lande.

In der Tat produzierten die alten Besitzer nur einige Ernten von Weizen und Oliven, die für sie selbst reichten und ließen dabei völlig die Bedürfnisse der Arbeiter, die in den Kooperativen und Vereinigten Produktionskollektiven (U.C.P.) organisiert sind, die landwirtschaftliche Produktion und die Viehzucht in einem solchen Maße auf eine breitere Basis gestellt und gesteigert, daß die Anwendung des Barreto-Gesetzes nur möglich ist, wenn hier gleichzeitig neue und große Maßnahmen in der Landwirtschaftspolitik ergriffen werden, die geeignet sind , die Rechte der Arbeiter zu sichern. Deshalb wurde von der Regierung Nobre da Costa das Barreto-Gesetz im Dialog mit den Arbeitern durchgeführt, um ihnen die Zeit und die Möglichkeiten zu geben, die sie für gegenseitige Umstellungen brauchten. Diese Methode lag nicht auf der Linie der Rechten, und sie konnte sie nicht akzeptieren. Daher hat die CDS (Demokratisch Soziales Zentrum), die mit der PS an der Macht war, keine Übereinstimmung mehr gesehen und die zweite konstitutionelle Regierung verlassen. Daraufhin ernannte Präsident Eanes den „Unabhängigen" Nobre da Costa zum Chef der dritten Regierung, die sich am 13. September 1978 mit einem Mißtrauensvotum der Nationalversammlung konfrontiert sah.

Trotz alledem begann er, das Barreto-Gesetz schnell und hart durchzusetzen, wie die Rechte, vor allem unter Druck des berühmt-berüchtigten CAP (Verband Portugiesischer Landwirte), es forderte. Angesichts des zu erwartenden, selbstverständlichen Widerstandes der Arbeiter setzte die Regierung daher die GNR (Republikanische Nationalgarde) mit ihren Panzern und ihren Polizeihunden gegen die Arbeiter ein: Wenn es wahr ist, daß die Maschinengewehre bis jetzt nicht geschossen haben, so ist es mit Sicherheit wahr, daß die GNR rücksichtslos von ihren Fäusten Gebrauch macht.
Viele Kooperativen —wie auch Esrela Negra— setzen sich aus mehreren ehemaligen Großgrundbesitzen zusammen. Früher blieben die Besitztümer ungeteilt, die Erben einigten sich untereinander um die Erbschaftssteuer nicht bezahlen zu müssen; jetzt dagegen machen sie die Teilung, und von daher beansprucht jeder das ihm zustehende Entschädigungsland, die „Reserve".
In der Zwischenzeit haben die Arbeiter die Felder kultiviert, die in den Händen der alten Besitzer brach lagen; die Arbeiter dort besitzen jetzt hunderte von Tieren. Sie haben Scheunen, in denen Tonnen von Korn und Heubündeln gelagert sind; sie haben Traktoren,Mähdrescher, Sähmaschinen,Anhänger und andere Maschinen, die von ihnen gemeinsam gekauft worden sind. So hatten sie die Form der Produktion entwickelt, die allen Arbeit und Brot geben konnte.
Beim Zurückverlangen seiner „; Reserve" trifft der ehemalige Großgrundbesitzer die Wahl, was er zurück haben will; er will meistens die Arbeiter „behalten", er will seine „Reserve" selbst ausbeuten.
Auf der anderen Seite bleiben die Arbeiter in der Kooperative aber die Kooperative verfügt nicht mehr über das Land und über die Einrichtungen, die zur kollektiven Bewirtschaftung notwendig sind.
So entsteht überall die Arbeitslosigkeit;
so ist das der Tod für viele Kooperativen.
Die Arbeiter haben andererseits ein großes Bedürfnis nach finanzieller Hilfe: als die Gebäude, in denen der Sitz der Kooperative war, der Markt, die Scheunen, der Maschinenpark, die Werkstätten und das Gelände um die Gebäude dem alten Besitzer als „Reserve" zurückgegeben worden sind, haben sie beschlossen, ein großes Gebäude im Zentrum des Ortes zu kaufen, zum hohen Preis von 3,5 Mill. Escudos (DM 140 000)."

Zur Unterstützung der Kooperative ‚Estrela Negra' haben wir bisher ca. 1.000 DM gesammelt. Weiterhin wollen wir ein Informationsheft zu unserer Reise, der Arbeit und dem Leben auf der Kooperative Estrela Negra und vielen anderen Punkten veröffentlichen, wobei der Erlös Estrela Negra zugute kommen soll

Kontaktadresse: Michael Wagner, Robert-Bosch-Breite 8, 34 Göttingen
Spendenkonto: PSchA Hannover 464617-301 (‚Estrela Negra')



KAMPUCHEA: DIE 'ERLÖSUNG' VON DEN BEFREIERN – ODER BRESCHNIEW IN PHNOM PENH

IBORIKI-KEN (Japan)
30. Januar 1979

Den folgenden Text schickte uns ein Genosse, der ehemals in Frankfurt lebte und nun schon längere Zeit in Asien ist. Er setzt sich in seinem Bericht mit den jüngsten Ereignissen in Kampuchea auseinander.

Um mal eine These hier einzuwerfen: Für die gesamte westdeutsche Linke, speziell aber für die Frankfurter scene, gibt es im elementaren Sinne keinen Internationalismus!
Unter Internationalismus verstehe ich dabei nicht nur, daß man Putz macht, wenn irgendwo, wie jüngst im Iran, dem US-Imperialismus ein Abgesang geblasen wird, das schafft man gerade noch (Putz macht ja auch Spaß), ich meine nicht die Identifikation im „anti", sondern Internationalismus als eine Kooperation und Solidarität, die sich auf die Gemeinsamkeit (bei allen Unterschieden der Ausgangsbedingungen und Methoden) des Kampfes für die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung weltweit bezieht. Eine positive Solidarität für die Zeit n a c h dem anti-imperialistischen Kampf hat es für die radikale Linke nie gegeben, weder im Falle Kubas noch Vietnams oder Angolas. Betretenes Schweigen oder Einfall in den Jimmy Carter-Solshenitzyn-Chor „Rettet die Menschenrechte" waren allenfalls die Reaktion.

Die Ursachen liegen, soweit ich sehen kann, auf beiden Seiten: die doppelte Realität der 'anti-imperialistisch-sozialistischen' Staaten. Nämlich befreit von vor- und frühkapitalistischen und imperialistischen Ausbeutungsverhältnissen zu sein, gleichzeitig aber wiederum eine gesellschaftliche Herrschaft sui generis und im Namen des Sozialismus zu errichten (die schon 1920 zu dem Dilemma führte, ob man Lenin, der das Gesamtinteresse des ersten revolutionären Staates zu sichern glaubte, oder die Kronstädter Matrosen und Arbeiter, die für die Rechte und das Brot kämpften, unterstützen sollte; eine Figur, die sich bis auf den heutigen Tag in allen 'real-sozialistischen' Ländern wiederholt). Dies ist sozusagen die 'historische Schuld' der Revolution in nicht-kapitalistischen Ländern und umgekehrt: weil es der radikalen Linken aus dem Milieu der Bundesrepublik an jeder sinnlich-konkreten Vorstellung fehlt, was die Überwindung von Hunger, Krankheit und Unwissenheit den 'befreiten' Gesellschaften eigentlich an Problemen und Strukturen vorschreibt, gibt es elementare Schranken des 'historischen Milieus', die Solidarität verhindern.

Weil 'unsere' Befreiung jenseits der elementarsten Bedürfnisse der Massen der Dritten und Vierten Welt sich konstituieren, Produkte einer relativierbaren, aber angesichts der brutalen Not von Hunderten von Millionen doch auch realen kapitalistischen Wohlfahrtsgesellschaft sind, weil dieser Graben so tief ist im materiellen Leben, kann ihn auch der Wunsch nach Solidarität im Kopf nicht überwinden.
Es geht mir nun wirklich nicht darum, wie manchem der Dritten Welt-Missionare, die Frage der sexuellen Revolution etwa angesichts des Leidens von Millionen von Kindern als Absurdität oder Perversion einer Überzivilisierung zu denunzieren, in der Tat nicht, sondern ernsthaft darauf zu bestehen, daß entgegen aller langgeliebten Slogans von „Proletarier aller Völker und unterdrückte Nationen, vereinigt Euch" die reale Differenz in den

revolutionären Bewegungen mal verstanden und akzeptiert wird, der Vorteil kann nur beiderseitig sein. Der Versuch des Verständnisses wird immer ein Drahtseilakt bleiben, weil alle Vergleiche falsch und ungerecht sind, auch der: ich möchte lieber in der BRD Sozialhilfeempfänger sein, als in den Philippinen für fünf Mark am Tag 48 Stunden in der Woche im Kaufhaus schieben; und dennoch, mißt man nicht mit zweierlei oder vielerlei Maß, setzt man sich sehr leicht (nicht nur) dem Verdacht aus, höhere Werte für seine 'Kulturgenossen' zu reservieren, während sich die anderen (Asiaten, Afrikaner etc.) erstmal mit den elementaren Dingen herumschlagen sollen. Rechtfertigungstheorien sind da nicht weit. Aber wenn man sich nicht in Gefahr (des Miß- oder falschen Verständnisses) begibt, kommt man darin um; und ich denke, das Schlimmste was einem passieren kann, daß einem am Ende die totale Konfusion befällt, alle Maßstäbe verloren gehen, aber dann weiß man wenigstens warum, zumal die vornehme Uninteressiertheit und Distanz höchstens die Borniertheit des eindimensionalen Weltbildes garantiert auf dem Hintergrund eines spätbürgerlichen Provinzialismus. Und wer will das schon ? !

Kampuchea – Das Trauma ist aus (aber nicht vorbei)

Wozu ich eigentlich ein paar Anmerkungen machen will, sind die Ereignisse in Indochina, vor allem in Kambodscha.
Vorausgeschickt sei dabei folgendes: Für Vietnam hatte sich einmal fast jede(r) anno 1968 interessiert. Dieses Interesse hat sich bei mir erhalten, wenngleich es nie so intensiv war, daß ich nun wirklich die erhaltbaren Nachrichten und Veröffentlichungen versucht habe zu sammeln. Aber wenn immer mir was per Zufall oder durch Hinweise in die Finger kam, habe ich es mit Aufmerksamkeit gelesen. Das galt und gilt im besonderen Maße für Kambodscha. Ich habe bei vielen Leuten angefragt, darunter auch sogenannte 'sonst gut unterrichtete Kreise' und Indochina-hands, ob denn zum Beispiel nicht mal der Khmer Rouge in seiner Geschichte irgendeine Einschätzung, Strategie oder was weiß ich was veröffentlicht hätte, die auf die späteren Ereignisse hindeuteten, aber es war mir nicht möglich, da was aufzutreiben. Meine Informationen über Kambodscha oder Kampuchea, wie es sich nach der Befreiung vom Imperialismus zu nennen begann, sind also im wesentlichen die eines Zeitungslesers (Japan Times, Far Eastern Reviews, Newsweek, ab und zu mal Frankfurter Allgemeine Zeitung). Dazu kommt als besonders starker Eindruck ein Fernsehfilm eines jugoslawischen Filmteams, der hier lief (in der ARD wohl auch) und dessen Bilder beredt waren, vielleicht mehr als der Ton, der für mich ja eh in einem fremden Idiom war.
Und natürlich Gespräche, einzelne, mit Bekannten oder Freunden. Was ich mit meinen Anmerkungen alles nicht will und kann, ist eine irgendwie zusammenhängende Chronologie der Umwälzung in Indochina zu geben, Daten und Details zu ordnen und zu belegen. Mich interessieren ein paar Probleme; Probleme, die ich mit einer bestimmten politischen Sozialisation im Hintergrund mit den Ereignissen habe. Daß es dabei zu Einschätzungen, Wertungen, Sympathien kommt, ist klar, nur behaupte ich nicht, daß meine Urteile für wen auch immer verbindlich sind – die verhandelten Subjekte der einen oder anderen Seite haben eh andere Dinge im Kopf –, sie sind hinter den Fragen auch zweitrangig.

Womit soll man eigentlich anfangen? – Als ich irgendwann in der ersten Januarwoche mehr zufällig als absichtlich die Schlagzeile des Falls von Phnom Penh las, entlockte sie mir spontan ein erleichtertes „Na endlich", sehr zum Mißfallen und Unverständnis meiner Freundin, die sofort die Vietnamesen als neue 'Imperialisten' und als 'verrückt' beschimpfte. Wir kauften uns dann erstmal zwei Zeitungen, lasen die spärlichen Agenturmeldungen und hatten dann eine kurze Diskussion. Wie sich hinterher herausstellte, entsprach ihre Reaktion weitgehend dem, was die sogenannte Weltöffentlichkeit von China, Sicherheitsrat, Sihanouk bis Le Monde auch empfand: auch wenn man keine Sympathien für die Khmer Rouge hatte (bei ihr war das noch gekoppelt mit dem generellen Vorbehalt gegen die bürgerlichen Medien und ihre Berichte über die Massaker und Greuel der Pol-Pot Regierung), den Vietnamesen steht nun gar kein Recht zu, einzumarschieren und ihre Vorstellung einer Indochina-Föderation militärisch durchzusetzen. Daß Vietnam aggressiv, expansiv war, stand nach den Grenzstreitigkeiten mit Kambodscha und seiner Politik in Laos (wo es wohl starke Militärverbände stehen und faktisch das Sagen hat) recht bald fest und wurde durch den engen Anschluß an die Sowjetunion und die RGW-Länder im letzten Jahr dann auch noch untermauert. Zumindest behaupteten das die Chinesen **u n d** die Amerikaner, und das verwirrt, immer noch.
Für mich hingegen waren die Motivationen der Vietnamesen, ja selbst die Tatsache, daß es wohl ihre Panzer, Bomber und Truppen waren, und nicht, wie offiziell von Hanoi verbreitet, die der anti-Khmer Rouge-Befreiungsfront, die Phnom Penh ein zweites Mal innerhalb von vier Jahren 'befreiten', erstmal sekundär, hinter der Tatsache, daß endlich dieses Trauma ein Ende hat. Seit dem Tag, an dem ich einmal akzeptierte, daß die Nachrichten aus der Khmer Republik nicht einfach als Flüchtlingsparanoia oder 'Readers Digest'-Fabrikationen (das waren sie auch immer noch dazu) abgetan werden konnten, sondern daß in ihnen die Umrisse eines der größten politischen Verbrechen im Namen des Sozialismus seit den Tagen Stalins in den dreißiger Jahren zu erkennen waren, sympathisierte ich mit jedem Versuch, dieses Regime zu stürzen.
Natürlich kann man sagen, dieser Sturz ist ausschließlich Sache des Volkes der Khmer; es gibt so was wie nationale Integrität und Nichteinmischung auch unter sozialistischen Staaten.
Recht – nur das Reiten auf solchen Prinzipien hatte und hätte in Kampuchea fatale Konsequenzen. Da das Volk der Khmer offensichtlich nicht in der Lage war, den Terror, der über es ge-



kommen war, selbst abzuschütteln, konnte eine Veränderung **n u r** von außen kommen. Die VR China soll an dem einen oder anderen Umsturzversuch beteiligt gewesen sein, wie die Vietnamesen wohl auch. Das waren Fehlschläge. Wenn Vietnam, nach einem Jahr Grenzauseinandersetzungen und begrenztem Krieg, der 'United Front for National Salvation', die sich aus geflüchteten Khmers gebildet hatte – und die offensichtlich ja keine Erfindung der Vietnamesen ist – militärisch in einem 'Blitzkrieg' zum (vorläufigen) Sieg verhalf, so haben sie das erreicht, was eigentlich, um auch mal so eine abstrakte Idee zu äußern, die internationale Pflicht aller Sozialisten in den letzten drei Jahren gewesen wäre: dafür zu sorgen, daß diese Scheiße endlich aufhört.

Daß der Terror der Khmer Rouge damit beendet ist, ist in der Tat das Entscheidende an der Entwicklung für mich, gibt sie doch dem Volk von Kampuchea eine (letzte?) Chance, den Fortschritt und die Möglichkeiten einer sozialistischen Entwicklung zu nutzen, wenn nicht eh schon fast alles, was mit Sozialismus zusammenhängt, durch die Praxis der Khmer Rouge auf Unzeiten diskreditiert ist !?
Daß diese Befreiung von den 'Befreiern' den Khmers die Vietnamesen ins Haus beschert, ist sicher hochproblematisch. Aber noch weiß keiner, a) wie stark und unabhängig die UFNS (United Front for National Salvation) eigentlich ist, b) wieviel Unterstützung sie bei der Bevölkerung findet und c) was es nun mit dem vietnamesischen 'Imperialismus' (wohl, wenn schon denn schon, eher Kolonialismus) auf sich hat, d.h. was die Motivationen und Pläne der Regierung in Hanoi nun eigentlich sind.

Die mysteriöse Befreiung

Die Gründe, warum ich nicht in den Chor der Verdammung der Vietnamesen einstimmen will, liegen nicht darin, daß ich der Tendenz oder Gefahr der 'Vietnamisierung' Indochinas blind gegenüberstände. Auch ist es nicht so, daß mir der vietnamesische Weg zum Sozialismus als der Pfad der Tugend oder sonstwie als verbindliche Richtschnur gelte. Dazu sind die Probleme, die Vietnam mit der Transformation und Integration des von den Amerikanern und der Weltbank ausgehaltenen Südens vor sich hat, zu verschieden von den Problemen, denen die Nachbarstaaten gegenüberstanden. Es ist klar, daß Vietnam sich einer Fülle gravierender Schwierigkeiten gegenübersieht, daß die ökonomische Situation des Landes nach zwei Dürrejahren schlecht ist, daß es Widerstand gegen die Politik der neuen ökonomischen





Die Leichtigkeit und Schnelligkeit der Niederlage von Pol Pot *(erster Mann im Land)*, der ja noch wenige Tage zuvor von bombastischen Erfolgen gesprochen hatte (Newsweek, 8.1.79), besagt einmal, daß die Loyalität des Volkes wohl nicht sehr weit ging (trotz eines Angriffes des 'Erzfeindes'), wenngleich die Informationen der letzten Tage auch andeuten, daß es wohl zum Teil taktisches Ausweichen der Truppen der Khmer Rouge war, die jetzt Guerilla-ähnliche Überfalle starten, und – was ein anderer Indikator ist – der Flüchtlingsstrom nach Thailand, der in den 75er Tagen enorm und massenhaft war, ist sehr begrenzt. Das hat natürlich eine Reihe von Gründen: einmal sind 1975 und danach 100.000 geflohen, die Politik der herrschenden Partei hat immense Opfer gekostet und Parteigänger der Khmer Rouge können auch nicht so ohne weiteres sich nach Thailand absetzen, dafür haben die Grenzauseinandersetzungen, die es zwischen den beiden Ländern gab, zu viel böses Blut bei der Grenzbevölkerung geschaffen.

Dennoch – auch wenn die Bevölkerung die United Front und die Vietnamesen nicht emphatisch begrüßt hat -wie von deren Seite behauptet – , sprechen viele Indikatoren und auch Flüchtlingsstimmen davon, daß sie zumindest nicht gegen diese eingestellt sind. – Anyway, den Einmarsch der Vietnamesen in Kampuchea als eine potenzierte Intervention der Russen in Prag 68 zu betrachten, finde ich unsinnig. Der Vergleich 'übersieht', daß in Prag nicht ein Terrorregime einzigartiger Qualität vertrieben, sondern die (in der Tat offene) Entwicklung des Sozialismus aus der Stalinistischen Zwangsform gewaltsam beendet wurde; und daß es in Prag für jedermann sichtbar war, daß das Volk die Armee des Warschauer Paktes nicht als Befreier begrüßte; und ob die Genossen Heng Samrin und Chea Sim, wie die neuen Führer in Phnom Penh heißen, mit Husak und Indra zu vergleichen sind, wage ich zu bezweifeln.

Zonen, die zum Teil eine Zwangsversetzung ehemaliger Stadtbewohner in nicht-bewirtschaftetes Gebiet bedeutet, gibt, resultierend in der Flucht beziehungsweise Emigration von tausenden Vietnamesen, den sogenannten 'boat-people', oder der Widerstand der dominant chinesischen Kleinhändlerklasse gegen die Verstaatlichung des Handels (was zu recht merkwürdigen nationalistischen Reaktionen der VR China geführt hat); und schließlich scheint den Vietnamesen ganz allgemein die Umstellung von permanenter Kriegswirtschaft der letzten dreißig Jahre auf Friedensproduktion schwer zu fallen (Ausnahmebedingungen lassen sich immer leichter kommandieren als einen Konsensus für politisch-soziale Veränderung erreichen). Die sozialistische Republik Vietnam ist in den Konflikten und militärischen Auseinandersetzungen mit Kampuchea und China nicht umstandslos als ein Opfer zu sehen; und es hat, aus den erwähnten Schwierigkeiten heraus, wohl auch ein eigenes Interesse an diesen Konflikten, sichern sie doch (vermutlich) Loyalität nach innen durch die Projektion ökonomisch-sozialer Schwierigkeiten nach außen.
Warum dennoch für mich der Sturz des Pol Pot-Regimes der eigentliche Erfolg der Ereignisse ist, dafür kann ich nur versuchen, ein paar der prekären Informationen aus der Entwicklung seit dem 17. April 1975, dem Tag des Sturzes von Lon Nol und des US-Botschafters, zu geben.

Als, nach Augenzeugen, ungewöhnlich junge (17- bis 18Jährige) Truppen des Khmer Rouge (der Name stammt wohl von Prinz Sihanouk, der bis 1970, als der CIA ihn aus dem Sattel hob, das Land regierte, außenpolitisch neutral bis US-freundlich, innenpolitisch anti-kommunistisch, und der sich dann im Exil in Peking mit der Befreiungsfront 'verbündete'; offiziell hieß der Name National Front of Kampuchea) in Phnom Penh, der Hauptstadt des Landes, einzogen, blieb und durfte keiner der westlichen Presseleute in der Stadt verbleiben. Im Unterschied zu Sai-

gon gibt es deshalb keine direkten Augenzeugenberichte, was in der Stadt und dem Land nach der Befreiung von der Lon Nol-Clique und dem US-Imperialismus passierte. Diese Politik der totalen Informationsausschließung für Journalisten aus nicht-sozialistischen Ländern, von denen ja weiß Gott nicht alle die berüchtigte Mentalität eines Adalbert Weinsteins der FAZ hatten, war schon Praxis des Khmer Rouge in den Jahren zuvor gewesen (angeblich soll es keinen westlichen Journalisten gegeben haben, der jemals in den befreiten Gebieten des Khmer Rouge sich umtun konnte; einige, die es versucht haben sollen, gelten als vermißt) und wurde nach dem 17. April 75 fortgesetzt. Für nicht-sozialistische Nachrichtenagenturen und Presseleute war Kampuchea bis September 1978, also für dreieinhalb Jahre, als dann zum erstenmal ein Japaner der Kyodo News eingelassen wurde (und wenig später ein amerikanisch-englisches Team folgte), off limits.

Das erste Interview von Pol Pot einer ausländischen Presse fand im August 1976 ironischerweise mit der vietnamesischen Agentur statt. Bis dahin gab es außer kargen Informationen einer Botschaftergruppe (Nordische Länder) fast keinerlei first-hand Informationen aus dem Leben in Kampuchea. Die Isolation des Landes, in dem im Frühjahr 1978 nur China, Laos, Jugoslawien, Albanien, Ägypten und Korea (Nord) Botschaften offen hatten (obgleich viele Staaten mehr diplomatische Beziehungen zu ihm unterhielten), war faktisch perfekt, und die Staaten, die wohl noch am besten Bescheid wußten, China und Vietnam, hatten auch kein großes Interesse, den Rest der Welt über die Lage in Kampuchea zu unterrichten.

Warum ich das hier so ausführlich bringe, hat zwei Gründe: Zwar bin ich nicht von der Idee besessen, daß die Revolution in Kampuchea für die westliche Presse als Nachrichtensensation veranstaltet wurde, noch davon, daß es ein geheiligtes Recht auf Berichterstattung gibt, und es gibt gute Gründe, warum man seine Revolution nicht unter den Scheinwerfern der amerikanischen Fernsehanstalten vollzieht. Aber – der Khmer Rouge hat es damit den Erzählungen der -zig Tausenden von Flüchtlingen nach Thailand überlassen, das Image der Revolution im Ausland zu formen, ein Bild, das keiner Revolution gleichgültig sein kann, zumal es mit so gravierenden Vorwürfen beinhaltet war, wie in Kampuchea. Das Schweigen und Abschließen des Landes kam nahezu einer indirekten Bestätigung der Vorwürfe gleich. Als die Herrschenden (Pol Pot und Leng Sary) dann Jahre später vor der internationalen Öffentlichkeit die Vorwürfe schlicht zurückwiesen, wirkten sie schon längst nicht mehr besonders glaubwürdig.

Auch Mao Tse-tung war einst, 1938, dankbar, daß Edgar Snow nach Jennan kam, obwohl das, was er vorzuweisen hatte, auch kein Traumland für amerikanische Standards war.

Es gibt aber noch einen zweiten, vermutlich wichtigeren Grund: die gesamte Geheimnistuerei des Khmer Rouge fand ja nicht nur der ausländischen Presse gegenüber statt, sondern auch dem eigenen Volk. Wie gesagt, ich war nie im Lande und habe die Leute nicht befragt, aber nach dem, was ich gelesen habe, hatte das Volk weder eine Ahnung, was nach der Befreiung auf es zukam, noch mit wem es eigentlich zu tun hatte. Um die Führungsspitze der 'Angkar', der 'Organisation', wie sie sich zunächst mystisch nannte, lag ein Nebelschleier, und erst im September 1977 (!!) fand sich Pol Pot bereit, „der Sehnsucht des Volkes nachzukommen, das solange auf den Tag der offenen Kundgebung der Kommunistischen Partei Kampucheas gewartet hat, um ihren Dank an die Partei auszudrücken" (zitiert nach Far Eastern Review - FER - , 21.10.77), den Schleier vom Antlitz der mysteriösen Angkar zu nehmen und eine seit 17 (oder mehr) Jahren existente Kommunistische Partei zu enthüllen. Erst dann wurden auch Biographien der starken Männer (und ihrer ebenfalls nicht unbedeutenden Frauen) veröffentlicht.

Was ich damit sagen will ist, der geheimnisvolle Charakter des Umsturzes in Kampuchea ist nicht Produkt der permanenten Frustration westlicher Sensationsjournalisten, die nicht 'zum Schuß' kamen, sondern integraler Bestandteil dieser Transformation. Das hat weniger mit der (legitimen) Täuschung der Feinde zu tun, als mit Betrug am eigenen Volk.





China-UDSSR: Krieg der Karrikaturen. In russischen Zeitungen erschien die Karrikatur mit der Kanone mit Chinesenkopf, auf der das Wort 'Provokation' steht. Das Schild unten rechts soll die Grenze zur Volksrepublik Vietnam darstellen. – Die Chinesen verbreiteten die Zeichnung einer durch die UDSSR gefesselten Vietnamesin.

Wie sah es nun aus im revolutionären Kampuchea, wie lief der Alltag ab, was waren die Maßstäbe und was die Ziele der Veränderung? Und mit welchen Mitteln, welchen Kosten wurde dies erreicht? Der Sozialismus a la Pol Pot hat in der bürgerlichen Presse die Charakterisierung 'Steinzeit-Kommunismus' gefunden, die Methoden sind als 'Massaker' oder sogar als 'Genozid'' *(Sippenmord)* gebrandmarkt worden. – Was hat es damit auf sich?

Die Evakuierung von Phnom Penh

Als der Khmer Rouge Phnom Penh eroberte, begann er im gleichen Moment mit der gewaltsamen Evakuierung der Hauptstadt. Phnom Penh, die einzige Stadt Kampucheas, hatte zu Normalzeiten an die 700.000 Einwohner, war aber in den Kriegsjahren auf das Vier- oder Fünffache angeschwollen. An die drei Millionen des sieben Millionen zählendes Volkes der Khmer, also fast jeder Zweite, lebte im April 75 in der Hauptstadt, geflüchtet dorthin vor den Bombenteppichen der US-Luftwaffe und den Kriegshandlungen im allgemeinen, ein künstlich aufgeblähter Moloch, am Leben gehalten durch Lebensmittellieferungen der Amerikaner. Zudem dominierten in der Hauptstadt die ethinischen chinesischen und vietnamesischen Bevölkerungsteile über die der Khmer.

Die Entscheidung der Evakuierung, in deren Verlauf es zu zig- wenn nicht Hunderttausenden von Opfern gekommen sein soll, ist nach Pol Pot (FER, 21.10.77) zwei Monate vor der Eroberung gefaßt worden, und zwar primär aus Sicherheitsgründen: der Mangel an erfahrenen Kadern und politisch-polizeilich geschulten Leuten der Befreiungsfront ließ die Hauptstadt als ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko der Revolution erscheinen. Andere Gründe, die wohl mitgespielt haben, war die Angst vor einem amerikanischen Luftangriff, ebenso wie die Unfähigkeit der Befreiungsfront, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten (das Problem scheint in der Tat horrend gewesen zu sein, denn der FER zitiert Washingtoner Stimmen, die von der Möglichkeit von einer Millionen Hungertoten nach Einstellung der US-Reislieferungen sprachen); zudem scheint die 'Enturbanisierung' gesellschaftspolitisches Konzept der Khmer Rouge gewesen zu sein.
Innerhalb von Tagen und Wochen verwandelte sich die Hauptstadt buchstäblich in eine Geisterstadt. Die Bevölkerungszahl soll nach widersprechenden Äußerungen auf 10 % oder ganze 1 %, d.h. zwanzigtausend Leute zurückgegangen sein. Ob es eine Alternative zu dieser massenhaften Zwangsevakuierung gegeben hätte, weiß ich nicht . Zumindest läßt sich fragen, ob nicht die strikt autarke, alle ausländische Hilfe ablehnende Politik der Regierung die Not 'unnötig' verschlimmert hat, denn Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen internationaler Organisationen oder dritter Länder wären bei der damaligen Stimmung der Weltöffentlichkeit denkbar gewesen.

Wieviele Opfer die unzureichenden Verhältnisse und extremen Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten, wo die Bevölkerung zu Produktionseinheiten zusammengefaßt wurden, forderte, weiß keiner. Zu diesen Opfern kamen die der politischen Liquidation, die zunächst die militärischen, politischen und zivilen Träger des Lon Nol-Regimes trafen, die dann aber wohl ausgedehnt wurden.
Nach der maximalen Zusammenstellung (Hauptquelle John Barron and Anthony Paul, 1977, Murder of a Gentle Land, Reader's Digest Association Inc., eine offen reaktionäre Produktion, deren 'Fakten' aber, und das ist das Schlimme, auch von 'liberaler' Seite nicht als völlige Willkür und Flüchtlingsmentalität beiseite ge-

tan wird) erfaßte dann die Liquidation die unteren Ränge der alten Regierung und Administration bis zu den Schullehrern und der intellektuellen Elite, genauso, nach (vermutlichen) Putschversuchen, die militärischen Kader, die eng mit dem Vietkong und den Nordvietnamesen zusammengekämpft hatten, sowie individuell jeden, der sich auch kleinster Vergehen gegen die Anordnung und Disziplin der neuen Herrscher zuschulden kommen ließ. Die 'Digest'-Journalisten beziffern die Opfer der ersten eineinhalb Jahre - bis 1. Januar 1977 - auf mehr als 1,2 Millionen, wobei sie 100.000 als direkte Opfer der Exekutionen ansehen, mehr als eine Millionen Hunger und Krankheit zuschreiben (die für sie natürlich fast a u s s c h l i e ß l i c h Produkt der Politik, nicht der Not waren). Das hieße, daß nahezu jeder 6. Bewohner Kampucheas in den ersten Umgestaltungen der Gesellschaft indirekt oder direkt das Leben gelassen hat, nicht zu sprechen von den 100.000 Flüchtlingen in Thailand und 80.000 in Vietnam. Ich will keine Orgie des Schreckens ausmalen, und es gibt Schätzungen von weit weniger Opfern der Revolution, die auch nicht in Verdacht stehen, Sprachrohr der Khmer Rouge zu sein. Daß die extremen Zahlen dennoch so phantastisch nicht sind, zeigt das Eingeständnis von Pol Pot, der von eins bis zwei Prozent „feindlichen Elementen" (70.000 bis 140.000) spricht, von denen allerdings nur die „kleinst möglichste Zahl vernichtet werden soll" (FER, 21.10.77).

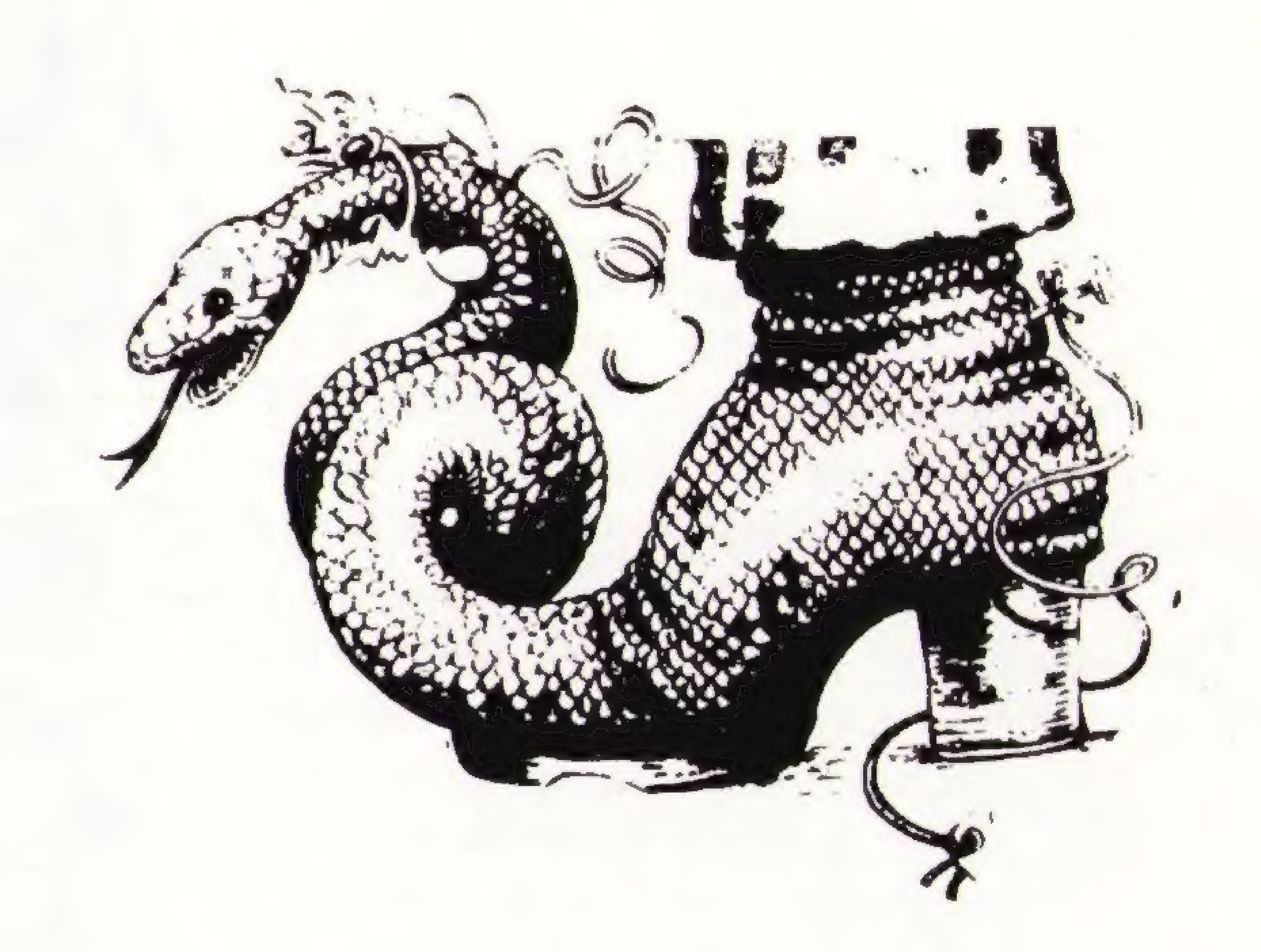
Wie auch immer, es sind nicht die 100.000 oder weniger 'politischen' Exekutionen, die ich der Revolution anlaste – obwohl mir beim Schreiben die Hand stockt, hat doch so ein Satz fatale Ähnlichkeit mit der Mentalität von Schreibtischtätern, für die Menschenleben nur noch in Zahlenkolonnen sich wiederfinden, aber – den Satz nicht zu schreiben hieße, den Akt jeder Revolution zu verleugnen, denn noch jede Revolution, von Russland 1917, China 1949 oder sonstwo, hat ihr Maß an Gewalt und Liquidierung, was vermutlich nicht überall 'nur' bei einem Prozent der Bevölkerung stehengeblieben ist. Und über die 'Kosten' der Revolutionsvermeidung, d.h. der imperialistisch-halb-feudalen Kontinuität brauche ich hier nicht zu sprechen.
Zudem sei erwähnt, daß der Krieg in Kampuchea, nach dem Urteil von Beobachtern, von beiden Seiten mit besonders hoher Brutalität geführt worden war, nach dem Motto: Gefangene werden keine gemacht.
Das Ausmaß an brutalisierter Gewalt und Liquidation markiert augenfällig den Unterschied zwischen der vietnamesischen, wo ja nun auch nicht mit Zuckerschwertern gekämpft wurde, und kambodschanischen Revolution. Ich muß zugeben, daß mir ziemlich unerklärlich ist, wie Soldaten eines Volkes, was in Reiseberichten und Erzählungen als ausgesprochen liebenswürdig und sanft, halt in einem Wort: 'gentle', beschrieben wird, zu solchen Orgien der Brutalität in der Lage ist, wie sie auch aus Überfällen und Vergeltungsaktionen der Khmer Rouge in Thailand und Vietnam berichtet wurden.

Ich will und kann dem Khmer Rouge auch nicht anlasten, eine Gesellschaft vom imperialistischen Joch befreit zu haben, die sich am Rande der Existenz befand, und die nur nicht zusamenbrach, weil die Amerikaner, nachdem sie einmal die traditionelle Ökonomie und Struktur durch ihre Invasion und den Bombenterror seit Mai 1970 total zerstört hatteq, sie durch ihre Lebens- und Medikamentenlieferung am Leben erhielt, wie einen Patienten an einer Herz-Lungen-Maschine. Unterbrach man die Leitungen, war der Tod fast sicher.
Es war nicht das Hungerproblem, was ich schon erwähnte, es war zudem Malaria und Ruhr, die das Leben in Kambodscha unmittelbar gefährdeten. Nach einer französischen Untersuchung waren 1972 mehr als eine Million Khmers von Malaria befallen, die das Leben von Geburt bis zum Tode ständig bedrohte und nach Pol Pot waren in der Vergangenheit 80 % der Arbeitskraft durch Malaria abgezehrt (FER, 29. 10 76). Die Amerikaner lieferten 1968 für 8,2 Millionen US-Dollar Medikamente nach Kambodscha, 1972 nur noch für 3,6 Millionen US-Dollar, was bereits zu einer akuten Knappheit führte. Die Situation in den ersten Wochen, Monaten und Jahren nach der Befreiung kann man sich wahrscheinlich kaum vorstellen.

Wenn man sich diese Hintergründe und Ausgangsbedingungen der Veränderung in Kambodscha ansieht, und meine Anmerkungen umfassen ja nur die augenfälligsten Punkte der Not und Schwierigkeiten des Landes, die gesamte Palette dessen, was 'Unterentwicklung' heißt, müßte ja noch viel mehr einschliessen, so wird sich der Leser fragen, ob das 'Modell' Kampuchea nicht doch vielleicht die angemessene und gangbare Alternative zur gegebenen Situation des Landes war, wie es wohl die Meinung von Malcolm Cadwell von der School of Oriental and African Studies in London war, des einzigen westlichen Marxisten, der Kambodscha kurz vor dem Sturz von Pol Pot bereiste und der am letzten Tag seiner Reise einem mysteriösen Mordanschlag zum Opfer fiel (den die Kambodschaner, natürlich, bin ich geneigt zu sagen, vietnamesischen Agenten in die Schuhe schieben, (s. Newsweek, 8. Januar 79).

„I have seen the past and it works" (Malcolm Cadwell) Wirklich ?

Malcolm Cadwell hat keinen Bericht mehr über seine Reiseeindrücke schreiben können. Ich weiß nicht, ob und wo er vielleicht vorher seine positive Einstellung zur Revolution in Kambodscha dargelegt hat. Sein Urteil, was von seiner Mitreisenden Elisabeth Becker von der „Washington Post" berichtet wird (deren eigene Eindrücke, soweit sie in „Newsweek", 8. Januar 79 und „Japan Times" 10. Januar 79 abgedruckt sind, leider wenig informativ sind: „Ich habe auf unserer Reise keine Massengräber gesehen", ist ja wohl naiv, die Frau!) hat mich nochmal verunsichert in meiner Einschätzung, gilt Cadwell doch als einer der wenigen Experten der Linken für Südostasien, vor allem für Thailand und sein Urteil hat sicher einiges Gewicht.
Die Frage, die ich mir stelle, ist folgende: sieht man die Not und das Elend der konkreten historischen Umstände der Befreiung Kambodschas im April 1975 in Betracht, war dann die Politik der Befreier, des Khmer Rouge eine, die unmittelbar darauf aus war, die Not und das Elend schnellstmöglich zu verringern und in Grenzen zu halten und mittel- und langfristig die Erneuerung Kampucheas auf eine planvolle und tragende Grundlage zu stellen?
Caldwell sagt ja; ich kann mich seinem Urteil nicht anschließen und will versuchen, das zu begründen.
Wie schon erwähnt, hat die Angkar oder die Kommunistische Partei Kampucheas nie einen Plan oder eine Gesellschaftsanalyse vorgelegt, aus der in Umrissen hervorgeht, wie denn das neue Kampuchea aussehen sollte, auf wen sich die Revolution zu stützen und wie ihre Politik gegenüber den einzelnen Klassen und dem Volk auszusehen gedenke.



Seit der partiellen Öffnung des Landes für internationale Informationsmedien und nach einigen Interviews der Führungsspitze der KPK kann man aber einige Umrisse der neuen Gesellschaft festmachen. (Ich stütze mich hierbei weitgehend auf die Informationen des japanischen Journalisten Ito Tadashi, abgedruckt in Japan Times, 20. Oktober 78 und Nayan Chanda, FER, 21. Oktober 77)
Die neue Gesellschaft in Kampuchea hatte zwei signifikante Merkmale: nationale Unabhängigkeit und Autarkie, sowie landwirtschaftliche Selbstgenügsamkeit. Stadtleben und Industrie scheinen für die politisch Verantwortlichen des Khmer Rouge gleichermaßen zu den Übeln und Verführern westlicher Zivilisation zu gehören. Einer Politik der umfassenden Entstädterung des Landes, wie sie mit der Evakuierung von Phnom Penh be-

gonnen wurde, wurde zum Leitbild der gesellschaftspolitischen Vorstellung: das gesamte Land eine riesige landwirtschaftliche Produktionsstätte, eingeteilt in weitgehend autonome und selbstversorgende Produktionseinheiten (ähnlich dem Volkskommunetypus der Chinesen, jedoch mit viel weitergehenden Implikationen), Abschaffung der Industrie, soweit sie nicht unmittelbar zur landwirtschaftlichen Produktion nötig ist (Pumpen, Haken etc.), Auflösung der Händler, Angestellten, Arbeiterschicht und deren Rückverwandlung in Reis- und Gemüsebauern (nach Ito waren nur noch 1 % der Arbeiter aus der Zeit vor der Befreiung in den wenigen noch oder wieder eröffneten Industriestätten tätig).
Zu diesem Ideal einer egalitären agrarischen Gesellschaft gehört die Abschaffung des Geldes (die Abgaben der einzelnen Produktionseinheiten an den Staat waren festgelegt, Zwischenhandel gab es keinen, die Zuteilungen erfolgten in Naturalien, andere Konsumgüter als Lebensmittel und Bekleidung waren unnötig), genauso wie der Kommunikationsmittel (es gab weder Zeitungen noch Radio, allein über Lautsprecher wurde verkündet, was die Regierung an Aufrufen und Anfeuerungen mitzuteilen hatte)



oder der traditionellen Schulen (da jetzt nur noch das gelernt werden mußte, was auch tatsächlich praktisch gebraucht wurde; agrarische, handwerkliche oder industrielle Techniken). Das Familienleben war weitgehend vergesellschaftet, d. h. für verheiratete Paare oder Familien blieb das Haus wesentlich nur noch Schlafstätte, da Arbeitspflicht, kommunales Kochen und Essen, sowie Gemeinschaftsveranstaltungen den gesamten Tag ausfüllten. Heirat wurde nicht mehr den mehr oder weniger spontanen Pfeilen Amors überlassen, sondern kollektiv von den Kadern in Gruppenzeremonien durchgeführt.

Ein anderer markanter Zug des Modells Kampuchea war die Dominanz von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Leuten in allen Bereichen. Zwar war die Führungsspitze um Pol Pol, Ieng Sary und Nnon Chea in ihren 50ern„aber die meisten verantwortlichen Kader waren relativ jung, in den 20er oder 30er Jahren. Jugendliche Dschungelkämpfer stellten die mittlere Schicht der Führungsgruppe, während 12, 13jährige Kinder an Werkbänken und Produktionsstätten voll eingegliedert werden; ältere Arbeiter oder Leute waren z. B. in dem Film des jugoslawischen Fernsehens überhaupt nicht zu sehen.

Das Thema‚Jugend' korrespondierte auch direkt mit der offiziellen Propaganda der totalen Umkrempelung und Erneuerung des Landes. Mobilisierung und Kampf waren die dominanten Inhalte der Regierungspropaganda: Kampf gegen alle Feinde der nationalen Erneuerung (worunter wohl vor allem die versprengte und zum Teil von Thailand aus unterstützte Guerilla des Regimes zu rechnen war) und der nationalen Unabhängigkeit (was wohl ab September 1976 zu einem Synonym für Vietnam wurde) für ein freies, starkes und unabhängiges Kampuchea
In dieses Bild paßte es auch, daß die Führer weitgehend auf internationale Hilfe verzichteten, wenngleich die VR China einige Tausend Techniker und Kader sowie Materialhilfe dem Lande zukommen ließ. Von Sozialismus oder Klassenkampf war in der Regierungspropaganda wenig die Rede, und erst im September 1977 sahen sich Pol Pot und seine Männer und Frauen (Die Frauen von ihm und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Ieng Sary sind Schwestern und beide im Rang eines Ministers) bemüßigt, eine marxistisch-leninistische Umkleidung ihrer Partei und der gesellschaftlichen Umwandlung zu erkennen zu geben.

Das überragende Motiv in der Ideologie der Khmer Rouge ist radikaler Nationalismus. Dafür gibt es sicher Gründe in der Geschichte des Khmer-Volkes.
Seit den Tagen des Zerfalls der großen Königreiche, die im Jahr 800 bis ins 13. Jahrhundert hinein über weite Teile des heutigen Kambodscha, Thailand, Laos, Vietnam bis hinunter auf die malayische Halbinsel sich erstreckten, war das Volk der Khmer zwischen den stärkeren Mächten in Siam (Thailand) und Annam (Vietnam) eingedrückt und über weite Strecken seiner territorialen und nationalen Integrität beraubt. Als es mitte des 19. Jahrhunderts unter den „Schutz" Frankreichs kam, mußte das Königreich Kambodscha eine Grenzziehung akzeptieren, die Thailand und Vietnam eindeutig bevorzugte.
Über die Anfänge des Kampfes gegen die Franzosen und der Kommunistischen Partei ist allzu Gesichertes nicht bekannt. Bis 1951 gehörten die kambodschanischen Genossen wohl zu der von Ho Tschi-Minh in den Dreißiger Jahren gegründeten Kommunistischen Partei Indochinas, die sich 1951 in separate nationale Organisationen aufspaltete. Zur ersten ‚Entfremdung' zwischen den Vietminh, wie die Befreiungsbewegung in Vietnam damals hieß, und der Pracheachon, der kommunistischen Ortganisation in Kambodscha, muß es um die Zeit des Genfer Abkommens 1954 gekommen sein, als die Vietnamesen unter Druck von China und der Sowjet-Union sich nicht nur mit dem halben Sieg zufriedengeben mußten, sondern auch Druck auf die Khmers ausübten, mit Sihanouk zusammenzuarbeiten und die Kampfhandlungen einzustellen. Über die nächsten Jahre ist mir dann nichts bekannt. Bezeichnend ist, daß Pol Pot, der wie Ieng Sary 1963 in den Untergrund ging, das Datum der Gründung der KPK auf 1960 datiert, im Unterschied zu der unter Einfluß der Vietnamesen erfolgten Gründung von 1951.
Der Khmer Rouge hat mittlerweile auch veröffentlicht, was der CIA immer schon vermutet hatte und was die Rechtfertigung Nixons für die Invasion von 1970 angab, daß sich das Hauptquartier des Vietcong sowie 300 000 (Nord)-vietnamesische Soldaten auf der kambodschanischen Seite des Ho Tschi-Minh-Pfades während des Krieges befunden hatten; die Unterstützung aber durch die Vietnamesen in den beiden größeren Vernichtungsversuchen der Lon Nol Armee wird von dem Khmer Rouge heruntergespielt. Wie die „Waffenbrüderschaft" nun real aussah, welche gebetenen oder ungebetenen Gäste im Kampf gegen die Amerikaner und die Marionetten-Regierungen in Saigon nun waren, bleibt unklar.
Immerhin kam es schon im Oktober 1975 zu den ersten militärischen Konfrontationen zwischen dem Khmer Rouge und Vietnam über Inseln im Golf von Thailand, die aber per Verhandlung beigelegt wurden. Die „Grenzkonflikte" begannen dann im Mai 1976 und rissen bis zu den jüngsten Ereignissen nicht mehr ab. Fragen, wer nun die Auseinandersetzungen anfing und schürte, sowie die historischen Rechte sind kaum beantwortbar. Es scheint, Kambodscha fing an und Vietnam ist historisch im Unrecht. (FER, 2. 2. 79) Faßt man zusammen, wie sich in Kampuchea heute Politik und Gesellschaft darstellen, so kommt man zu einem in der Tat einzigartigen Bild: es ist der von der politischen Führung geplant und bewußt eingeleitete Versuch, ein armes Land durch den systematischen Rückzug aus Anfängen modernindustrieller Produktionsformen und Verkehrsverhältnissen in den Zustand einer egalitären, bis ins letzte Detail organisierten und kontrollierten agrarischen Gesellschaft auf der Ideologie eines radikalen Nationalismus zu versetzen.

Die verbale und praktische Radikalität der Führung, ihr unbürokratischer Stil und Lebensweise, sowie die Einzigartigkeit dieses Experiments im 20. Jahrhundert hat, das kann man deutlich nachempfinden, den wenigen Besuchern nicht nur zeitweise den Atem verschlagen, sondern auch z. T. eine fassungslose Bewunderung produziert. Auf dieser Ebene der „Sympathie" scheinen wohl auch einige vermeintlich radikale Grüne aus dem Vordertaunus zu sein, die das kleine Glück des vollen Reistopfes ohne die Machenschaften von Geld, Ware und Medienproduktion als ländliche Utopie feiern (hat man mir mal erzählt).
Natürlich kannich ich einer abstrakten Faszination des Staats der Kinder, der Kämpfer des Khmer Rouge in ihren schwarzen, schlafanzugähnlichen Gewändern und verwegen um Kopf und Hals geschlungenen Tüchern nicht entziehen, aber als politisch-gesellschaftliche Strategie und Realität (es handelt sich ja nicht um science-fiction) halte ich die Entwicklung in Kampuchea für ein immenses Unglück und ‚linke' Idiotie.

Um das im Einzelnen zu begründen, müßte ich länger über die bisherigen Erfahrungen in der sozialistischen Transformation von Rußland, über China bis Vietnam sprechen, um zu zeigen, daß es sich in Kambodscha in der Tat um eine kriminelle Radikalität der Führung handelt, die nur mit brachialem Terror kurzfristig die Lage (d. h. Versorgung und landwirtschaftliche Produktion) stabilisieren konnte, die aber bei jedem weiteren Schritt vehement darauf gestoßen wurde, daß es die isolierte, selbstgenügsame Agrarkommune auch im Reich der Khmer nicht mehr geben kann. Ob es sich um Medikamente zur Bekämpfung der Malaria und anderen Krankheiten oder um die militärische Technologie zur Erhaltung der Unabhängigkeit handelt, um nur zwei der naheliegenden Beispiele zu nennen, beides ist mit dem Produktionsverständnis der Khmer nicht zu bekommen. Man kann in der Tat seine Zweifel haben, ob die weitgehende Vergesellschaftung oder Verkommunisierung des Lebens in Kampuchea wirklich so den Interessen und der Begeisterung des Volkes entsprach, wie die Machthaber immer wieder beteuert haben. Ein Blick auf die Erfahrungen des Großen Sprungs nach vorn in China 1958 müßte eigentlich genügen, um das als Propaganda zu entlarven.
Jenseits von aller Faszination einer negativen Utopie bleibt die Realität, daß es für alle Revolutionen in „unterentwickelten Ländern" ein verdammt harter, kostenreichenr, aber letztlich unvermeidlicher Weg aus Armut, Krankheit und Unwissenheit heraus ist. Aus der Not eine Tugend machen und die Entwicklungsrichtung einfach umzudrehen, hat nichts mit befreiender Phantasie, sondern alles mit politischer Unreife und Kriminalität zu tun.
Jede andere als die vom Khmer Rouge eingeschlagene Politik in Kampuchea hätte auch ihre Opfer und Kosten gehabt, wie die Geschichte der Revolutionen lehrt. Aber ein Anknüpfen an der konkreten Realität und der Versuch einer langwierigen aber vom Konsensus der Produzenten getragenen Umgestaltung hätten vielleicht die Opfer und das Ausmaß der Leiden vermindern können; es hätte mit weniger ‚Radikalität' die Zerstörung an menschlicher und materieller Produktivkraft vermieden werden können und damit vielleicht auch die Auseinandersetzung und der Krieg mit Vietnam.

nachtrag zu dem kampuchea artikel

„Mir fiel es nicht leicht, diesen Artikel so zu bringen, erst recht nicht nach einer Diskussion mit weiteren Mitarbeitern der Redaktion. Bietet er doch einerseits eine Menge wichtiger Detailinformationen, so wird doch die globale Einschätzung des Konfliktes zwischen Kampuchea und Vietnam schief.
Schief allein schon deshalb, weil der ganze Artikel niemals politische Interessen der beiden Großmächte (UdSSR, VR China) im südostasiatischen Raum genügend beachtet.
Ich würde zumindest behaupten, daß der Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam nur auf dem Hintergrund des Verhältnisses UdSSR – China und deren Satellitenstaaten ausreichend zu erklären ist.

Dieser Aspekt kommt in dem Artikel entscheidend zu kurz. Und kann deshalb sich nur noch mit innerkambodschanischen Schwierigkeiten befassen, deren Wichtigkeit ja niemand bestreitet, die aber wiederum nur eine Seite des ganzen Konfliktes bilden. Wer hierüber besser Bescheid weiß, sollte uns in der nächsten Zeit über diesen ganzen Konflikt Beiträge schicken. "

Manfred

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID NR. 270

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

4400 E 281 1
UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

DAS LETZTE WORT HAT DER ID-BILDERDIENST:

Anbieten können wir diesmal:
Viele Bilder über LKWs und ihre Fahrer (siehe letzter ID), sowie die dieswöchige ID-Titelbildmontage und eine ähnliche AKW-Montage.

Aufruf:
Wir brauchen dringend Bilder von Knästen und Bilder von Industrieanlagen (von innen und außen).

Tschüß, bis nächste Woche